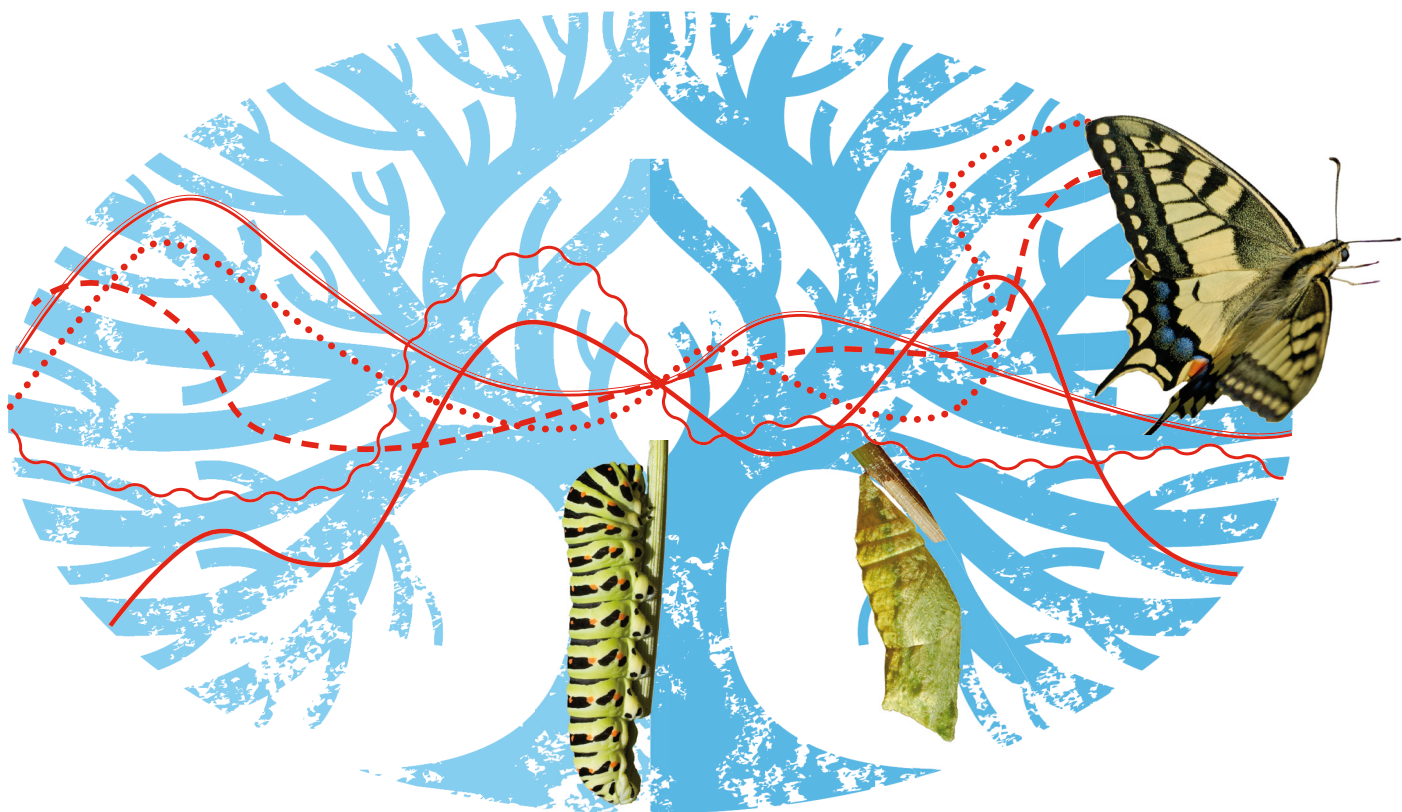




Zukunftsossier

ALTERNATIVE WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSKONZEPTE



Impressum

Die Reihe „Zukunftsdossiers“ im Auftrag des Lebensministeriums bietet interessierten LeserInnen in kompakter Form Wissen über zukunftsrelevante Themen. Das Zukunftsdossier „Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte“ erscheint im Rahmen der Initiative „Wachstum im Wandel“ anlässlich der 2. Internationalen Konferenz „Wachstum im Wandel“ 8.-10. Oktober 2012.

Nähere Informationen finden Sie unter www.wachstumimwandel.at

Dieses Dossier wurde von Mag. Elke Pirgmaier vom Sustainable Europe Research Institute (SERI) erstellt, unter Mitwirkung von Julia Gruber. SERI ist wissenschaftlicher Partner der Initiative „Wachstum im Wandel“ und zählt zu Österreichs führenden Instituten für Nachhaltigkeitsforschung und -kommunikation.

Kontakt: Elke.Pirgmaier@seri.at



September 2012

Medieninhaber und Herausgeber:

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Lebensministerium), Sektion V, Allgemeine Umweltpolitik, Abteilung V/8 – EU-Angelegenheiten Umwelt (Leitung: Elisabeth Freytag), und Abteilung V/2 – Umweltökonomie und Energie (Leitung: Martina Schuster), Stubenbastei 5, 1010 Wien

Kontakt: Caroline.Vogl-Lang@lebensministerium.at

Die in den Zukunftsdossiers vertretenen Meinungen der AutorInnen sind nicht notwendigerweise die Meinung des Lebensministeriums.



lebensministerium.at

Layout: Gerda Palmetshofer

Erscheinungsjahr: Oktober 2012

Alle Rechte vorbehalten.

Vorwort.....	4
Zusammenfassung	5
Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die auf Wachstum mit neuen Attributen setzen	14
Green Growth, Green Economy, Green New Deal – Der Weg aus der Krise ist grün	14
Europa 2020 – Die europäische Wachstumsstrategie.....	17
Enquete Kommission für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität – Debatte über gesellschaftlichen Fortschritt im Deutschen Bundestag.....	20
Die Blue Economy –100 von der Natur inspirierte Innovationen	23
Cradle to Cradle – Intelligente Verschwendung	25
Faktor X – Die absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs um ein x-faches	28
Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die Wachstum als Problem thematisieren und versuchen die Wachstumsabhängigkeit zu verringern	31
Steady State Economy – Die optimale Größe der Wirtschaft	31
Degrowth – Gesund schrumpfen als Weg aus der Krise	34
Postwachstumsgesellschaft – Die Renaissance der Wachstumskritik.....	37
Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die das Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum rücken	41
Buen Vivir – Aufbruchsstimmung in den Andenstaaten	41
Gemeinwohl-Ökonomie – Eine demokratische Alternative wächst	44
Solidarische Ökonomie – Menschen im Mittelpunkt.....	47
Transition Bewegung – Aufbruch ins Post-Öl Zeitalter	50
Neue Formen der Messung von Wohlstand und Fortschritt	52
Synthese	56

Vorwort

Als Gregor Samsa eines Morgens aus unruhigen Träumen erwachte, fand er sich in seinem Bett zu einem ungeheuren Ungeziefer verwandelt... Franz Kafka beschreibt in „Die Verwandlung“ die Geschichte eines Mannes, der seine Metamorphose zuerst nur für vorübergehend hält und sich dann aber langsam auf die Konsequenzen seiner Verwandlung einstellt. Man könnte sagen Kafka beschreibt in seiner Erzählung eine soziale Utopie. Die Schaffung von sozialen Utopien findet sich nicht nur in der Literatur wieder, sondern auch im ganz normalen Leben. Viele Menschen diskutieren Auswege aus multiplen Krisenphänomenen. Sie sind sich einig, dass das derzeitige Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bröckelt und im Wandel begriffen ist. Klimawandel, Artensterben, demographische Verschiebungen und die Verschuldungs- und Währungskrise machen immer klarer: so wie bisher wird es nicht mehr lange weitergehen. Und so wie die Zweifel am „alten System“ wachsen, sprießen die Ideen für alternative Modelle. Der Suchprozess nach Alternativen zum derzeitigen Wirtschafts- und Lebensmodell hat begonnen!

Dieses Zukunftsdossier gibt interessierten LeserInnen beispielhafte Einblicke, welche alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte es im Gegensatz zum oft behaupteten Mangel an Alternativen gibt. Viele Konzepte und Ideen für andere Formen des Lebens und Wirtschaftens liegen bereits in der Schublade oder werden in der Praxis erprobt. Sie alle zeigen, dass es auch anders geht. Die folgenden Abschnitte illustrieren, dass das Spektrum an vorgeschlagenen Alternativen mehr oder weniger utopische Züge annimmt – die Vorschläge reichen von Teilkorrekturen des Systems bis zur Verwerfung des kapitalistischen Systems als Ganzes. So wird über die Begründung der Wirtschaft diskutiert, über Gesellschaften „post Wachstum“ oder ein Gesund-schrumpfen, bis hin zu solidarischen und gemeinwohlorientierten Wirtschaftsformen. Auch wenn sich die Vor- und Nachdenker der vorgestellten Ansätze teilweise deutlich in ihren Vorschlägen unterscheiden, verdeutlichen sie alle, dass UnternehmerInnen, AktivistInnen, WissenschaftlerInnen, Einzelpersonen oder kollektive Zusammenschlüsse schon heute an einer enkeltauglichen Zukunft werkeln.

Diese Lektüre soll Orientierung anbieten und Menschen ermutigen, sich aktiv am gesellschaftlichen Veränderungsprozess zu beteiligen! Wachstum im Wandel lädt ein zum Dialog!

Erst habe ich gemerkt,
wie das Leben ist.
Und dann habe
ich verstanden,
warum es so ist,
und dann habe
ich begriffen, warum es
nicht anders
sein kann.

Und doch möchte ich,
dass es anders wird.

Kurt Tucholsky

Zusammenfassung

Dieses Zukunftsdossier beschreibt verschiedene Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte, die alle ein gemeinsames Ziel verfolgen: die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen zu erhöhen und dabei gleichzeitig innerhalb der ökologischen Tragfähigkeit des Planeten zu bleiben. Die folgenden Beschreibungen von alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepten sind in drei Gruppen gegliedert:

- Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die auf Wachstum mit neuen Attributen setzen
- Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die Wachstum als Problem thematisieren und versuchen die Wachstumsabhängigkeit zu verringern
- Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die das Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum rücken

Als abschließender Exkurs bietet dieses Dossier einen Überblick über neue Formen der Messung von Wohlstand und Fortschritt.

Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die auf Wachstum mit neuen Attributen setzen

Schlagwörter

Energie- und Ressourceneffizienz, Öko-Innovationen, Umwelttechnologien, Entkopplung, nachhaltige Entwicklung, Ökosystemdienstleistungen, Naturkapital-Ansatz, Umwelt- und Ressourcenökonomie, grünes Wachstum, nachhaltiges Wachstum, Green Economy

Im aktuellen Umweltdiskurs ist häufig von Wirtschaftswachstum mit neuen Attributen die Rede – grün, nachhaltig, inklusiv, intelligent. Sogar vom Goldenen Wachstum ist die Rede. Hinter diesen Strategien steckt das Konzept der **Ökologischen Modernisierung**. Proponenten dieses Ansatzes gehen von der Annahme aus, dass wirtschaftliche Entwicklung und Umweltziele Hand in Hand gehen können und die Wirtschaft durch die Verfolgung von Umweltzielen profitiert. Durch technologischen Fortschritt soll eine **Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung** erreicht werden. Ein effizienterer Einsatz von natürlichen Ressourcen und Energie gilt dabei als Kernstrategie und Quelle für wirtschaftliches Wachstum. Wirtschaftswachstum wird als wünschenswert und notwendig betrachtet für den Wohlstand und Fortschritt der Gesellschaft. Markt- und Preismechanismen gelten als Grundvoraussetzung für ein gut funktionierendes, effizientes und wettbewerbsfähiges Wirtschaftssystem. Die grüne Modernisierung der Wirtschaft setzt auf **innovativen Strukturwandel**, ohne aber die kapitalistische Logik von Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit zu verändern. Durch Pläne für nachhaltiges oder grünes Wachstum sollen nicht-nachhaltige Trends in wirtschaftliche Vorteile umgemünzt werden. Ausgehend von den frühen 1980ern hat das Konzept vor allem bei EntscheidungsträgerInnen in der Politik und öffentlichen Verwaltung im Zuge der **Green Economy Debatte** der letzten Jahre Aufwind bekommen. In der Wissenschaft dominiert dieser Diskurs die Umwelt- und Ressourcenökonomie.

Die Hoffnungen in den **grünen Kapitalismus** sind auch einer stärker werdenden Kritik ausgesetzt. Es wird kritisiert, dass die neuen Vorschläge innerhalb der **neoliberalen Wirtschaftslogik** bleiben und damit bestehende Konsum- und Produktionsweisen nicht hinterfragt würden. Das inhärente Streben nach Profit und Wettbewerbsvorteilen und die Fokussierung auf „freie Märkte“ und den Preismechanismus verhindere umfassende Lösungen für soziale und ökologische Probleme. Die Vor-

Klimaschutz und
Wirtschaftskrise
sind vereinbar

Kritik am grünen
Kapitalismus

schläge seien zudem zu technokratisch und gingen zu wenig auf die Gesellschaft ein, und sie ignorieren bestehende Machtstrukturen – speziell in der Politik, auf Finanzmärkten und in multinationalen Unternehmen. In diesem Sinne könnten falsche Hoffnungen geschürt werden und Alternativen eher verdrängen als fördern (Brand, 2012). Zusätzlich ist die empirische Evidenz für absolute Entkopplung mehr als mager. Ganz im Gegenteil führen Effizienzverbesserungen durch technologische Lösungen häufig zu Rebound-Effekten, die Umweltprobleme zunehmend verschärfen.

Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die Wachstum als Problem thematisieren und versuchen die Wachstumsabhängigkeit zu verringern

Schlagwörter

Grenzen des Wachstums, Postwachstumsgesellschaft, Postwachstum-
sökonomie, Steady State Economy, Degrowth-Bewegung, Suffizienz,
Downsizing, Voluntary Simplicity, Ökologische Ökonomie

Was passiert, wenn Plan A – nämlich die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch – nicht aufgeht? Die Befürworter von wachstumskritischen Ansätzen haken in dieser Frage ein und argumentieren, dass **hohe BIP-Wachstumsraten** in den entwickelten Ökonomien heutzutage aus moralischen, ökologischen, sozialen und ökonomischen Gründen **weder möglich noch wünschenswert** seien. Aus einem Vorsichtsprinzip heraus sei eine Debatte nötig wie eine Wirtschaft ohne Wachstum trotzdem gut – oder sogar besser – funktionieren könnte.

Wachstumskritiker machen das hohe materielle Konsumniveau („**overconsumption**“), das für eine auf Wachstum getrimmte Wirtschaft nötig ist, für eine Reihe von sozialen und ökologischen Problemen verantwortlich. **Wachstum** sei nicht mehr Teil der Lösung von Umweltproblemen und Armutsbekämpfung sondern **Teil des Problems** geworden. VertreterInnen von Postwachstums-, Steady-State- oder Degrowth-Ideen rufen zur Abkehr von sinnleerem und ressourcenverschwendendem Konsum auf und betonen die Vorzüge von einem suffizienten Leben. Durch diese Vorgangsweise erhoffen sich die Befürworter eine doppelte Dividende: einerseits sollen durch weniger Konsum und weniger Erwerbsarbeit die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen steigen, und andererseits negative Umweltauswirkungen abgefedert werden. Da weniger Konsum durch wachstumsinhärente Dynamiken unter gegebenen Rahmenbedingungen zu großen wirtschaftlichen Problemen führt, wie beispielsweise Arbeitslosigkeit oder Staatsverschuldung, arbeiten Wachstumskritiker an alternativen Modellen, wie es sich in einer Wirtschaft mit wenig oder keinem Wachstum trotzdem gut leben lässt.

Wachstumskritische Diskussionen werden von „Mainstream“-ÖkonomenInnen, PolitikerInnen und UnternehmerInnen kaum ernst genommen. Sie werden häufig als akademische, intellektuelle Diskussionen der

Der Fokus auf
Wirtschaftswachstum
als Ziel führt zum
ökologischen und
sozialen Kollaps

Kritik an der
Wachstumskritik

grünen Mittelschicht abgetan, die weder glaubwürdig, noch politisch mehrheitsfähig wären. Die Postmaterialisten in ihrem Elfenbeinturm wären naiv zu denken, dass man Wachstum bremsen und begrenzen könnte und die internationalen Konsequenzen der vorgeschlagenen Strategien wären zu wenig durchdacht und ausgereift. Zudem gäbe es keine Evidenz für stabilisierende Wirkungen der Wirtschaft ohne Wachstum, die ein größeres soziales Experiment rechtfertigen würden. Es könnte zu einer unkontrollierbaren Abwärtsspirale kommen, die es tunlichst zu vermeiden gilt. Insgesamt scheint es zu früh zu sein für eine Postwachstumsgesellschaft. Der Paradigmenwechsel „beyond-growth“ sei nicht in Sicht, weil die bisherigen Szenarien in viele kritische Fragen münden.

Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die das Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum rücken

Schlagwörter

Das gute Leben, Buen Vivir, Wohlbefinden, Lebensqualität, menschliche Bedürfnisse, Capabilities-Ansatz, Suffizienz, Gemeinwohl-Ökonomie, solidarisch wirtschaften, Transition Towns

Bei diesen Ansätzen geht es im Kern um eine Rückbesinnung auf menschliche Werte und Bedürfnisse. Nach dem Motto „die Wirtschaft ist für die Menschen da“ werden unterschiedliche Wege beschritten – häufig in der bewussten Abwesenheit von Markt und Staat – die Nutzen für die beteiligten Menschen stiften. Gewinnstreben und Konkurrenz weichen Grundsätzen wie gemeinschaftlichem Wirtschaften und **Kooperation**. Die **Vielfalt von unterschiedlichen Ausprägungen** ist groß, weil Menschen im Kollektiv aushandeln, in welcher Form sie gemeinschaftlich Wirtschaften möchten. Beispiele reichen von genossenschaftlich organisierten Zusammenschlüssen, über regionale Direktvermarkter und Komplementärwährungen, bis hin zur Gemeinwohl-Ökonomie und der südamerikanischen Debatte über das Gute Leben. Diese Ansätze fußen häufig in der Kritik, dass weite Bereiche des Lebens kommerzialisiert sind und zu sinnentleerten Tätigkeiten führen. Alternativ wirtschaftende „Inseln des Widerstandes“ richten sich häufig gegen vorherrschende Wirtschafts- und Machtstrukturen und/oder ein mutmaßliches Untätigsein von politischen EntscheidungsträgerInnen. Im Gegensatz dazu geht es bei diesen Ansätzen darum **Gemeinschaft zu stärken** und **meist lokal oder regional** im Rahmen von kollektiven Aktionen zu konsumieren und produzieren. Und Freude an einer sinnvollen gemeinsamen Arbeit zu haben!

Was so blumig und progressiv klingt, ist auch einer Kritik ausgesetzt. Kritiker von bottom-up Ansätzen führen beispielsweise an, dass Projekte häufig wenig strukturiert seien. Das kann dazu führen, dass sehr ineffizient und unpraktisch gewirtschaftet wird. Zudem könnten Fortschritte und Veränderungen oft nicht messbar und vergleichbar gemacht werden, was helfen würde, um alternative Wirtschaftsformen auf einer breiteren Basis attraktiv zu machen. Auf dieser Grundlage sei zweifelhaft, ob diese Perspektiven aus ihrem Nischendasein hervortreten und politische Gestaltungskraft gewinnen können. Die häufig proklamierten lokalen Wirtschaftskreisläufe werden häufig als Anti-Globalisierungs-

Vielfältige Bausteine des
guten Lebens

Kritik an lokalen
bottom-up Ansätzen

tendenzen und Rückschritt ausgelegt, die durch weniger Arbeitsteilung und ineffizienteres Wirtschaften zu einer Verteuerung von Produkten und Dienstleistungen führen würden und damit weder mehrheitsfähig noch wünschenswert wären. Zudem sei die gemalte Vision einer glücklichen Subsistenzwirtschaft illusorisch, weil nur ganz wenige lokale Alternativwirtschaften ihre Bedürfnisse ohne globale Versorgungsmuster erfüllen könnten.

Neue Formen der Messung von Wohlstand und Fortschritt

Schlagwörter

Beyond GDP, Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission, OECD „Measuring the Progress of Societies“ und „Happy Life Initiative“, 5-Kapitalien-Ansatz, ökologische und soziale Indikatoren, Messung von Lebensqualität und -zufriedenheit, Umweltökonomische Gesamtrechnung

Nach den Beschreibungen von alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepten bietet der letzte Abschnitt dieses Dossiers einen Exkurs über die aktuelle Debatte wie Fortschritt und Wohlstand umfassender gemessen werden kann. Lange Zeit wurde das BIP als primärer Indikator für Wohlstand und wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt herangezogen. Heute besteht in der Wissenschaft, der Politik und der Zivilgesellschaft Konsens darüber, dass das BIP als Schlüsselindikator für die Erklärung von gesellschaftlichem Fortschritt klare Grenzen hat. Steigende Wachstumsraten gehen nicht länger notwendigerweise mit einer Verbesserung der Lebensqualität einher. Das BIP lässt viele Faktoren außer Acht, die für Lebensqualität eine große Rolle spielen, z. B. Sicherheit, Freizeit, Einkommensverteilung oder eine intakte Umwelt.

Wohlstand und
Fortschritt umfassender
messen

Die aktuelle Messungsdebatte fokussiert auf Fragen wie: **Wie hängen Wirtschaftswachstum, Wohlstand, Lebensqualität und Wohlbefinden zusammen?** Was sind die Hauptdeterminanten von Lebensqualität? Verbessert sich unsere Lebenssituation überhaupt noch? Wie schauen wohlstandsschaffende und -erhaltende Potentiale für die Zukunft aus? Ist unser Wohlstand nachhaltig? Wie kann eine Langfristperspektive in Umfragen integriert werden? Verschiedene Initiativen stellen sich diese und ähnliche Fragen, um herauszufinden, wie gesellschaftlicher Fortschritt und Wohlstand umfassender gemessen werden kann als mit dem BIP. Die Messungsdebatte hat auch die UN erreicht. Das Abschlussdokument der Rio+20 Weltkonferenz, die im Juni 2012 stattfand, greift die Diskussion in Artikel 38 auf und erteilt dem statistischen Apparat der UN einen klaren Arbeitsauftrag sich an der umfassenderen Wohlstands- und Fortschrittmessung zu beteiligen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte, die in diesem Dossier in den nächsten Abschnitten beschrieben sind.

Überblick über alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte

	Ziel/Vision	Vertreter	Perspektive	Ansatz
Green Economy	Ein grüner Umbau der Wirtschaft führt zu nachhaltiger Entwicklung	UNEP, OECD	national und international	politisch
Europa 2020	Entkopplung ist durch intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum möglich	Europäische Kommission, Europäischer Rat	Europäische Union	politisch
Enquete Kommission für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität	Konkrete politische Empfehlungen schaffen mehr Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland	17 Abgeordnete des Deutschen Bundestages; 17 externe ExpertInnen	Deutschland im internationalen Kontext	parlamentarische Debatte
Blue Economy	Die innovative Nutzung von Abfällen und Ressourcen führt zu einer prosperierenden Zero Emission Economy	Gunter Pauli, Blue Economy Institut, Blue Economy Alliance	international	wissenschaftlich und unternehmerisch
Cradle to Cradle	Geschlossene Materialkreisläufe machen „intelligente Verschwendung“ möglich	Michael Braungart, William McDonough	international	wissenschaftlich und unternehmerisch
Faktor X	Mehr Wohlstand aus weniger Natur durch die Steigerung der Ressourcenproduktivität - um den Faktor X	Friedrich Schmidt-Bleek, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Faktor X Institut	auf der Ebene von Produkten, Dienstleistungen, Unternehmen, national	wissenschaftlich unternehmerisch, politisch
Steady State Economy	Wirtschaftliche Entwicklung auf einem optimalen physischen Niveau	Herman E. Daly	global	wissenschaftlich
Degrowth	Gesund schrumpfen der Wirtschaft für mehr soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Wohlbefinden	viele AktivistInnen und WissenschaftlerInnen	lokal bis global	wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich
Postwachstums gesellschaft	Eine Wirtschaft, die auch ohne Wachstum zu hoher Lebensqualität innerhalb ökologischer Grenzen führt	Tim Jackson, Niko Paech, Peter Victor	national	wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich
Buen Vivir	Entwicklungsmodell, das zu einem guten Leben führt	Alberto Costa, Eduardo Gudynas	Südamerika, v. a. Ecuador und Bolivien	wissenschaftlich, politisch, zivilgesellschaftlich
Gemeinwohl-Ökonomie	Wirtschaft, die auf gemeinwohlorientierten Grundsätzen basiert	Christian Felber, 500 Pionier-Unternehmen	national	zivilgesellschaftlich und unternehmerisch
Solidarische Ökonomie	Die Vielfalt von basisdemokratisch und bedürfnisorientierten Wirtschaftsformen leben	Viele AkteurInnen	meist lokal	zivilgesellschaftlich, selbstorganisiert
Transition Bewegung	Lokale resiliente und autarke Gemeinschaften gemeinsam aufbauen	Rob Hopkins, Naresh Giangrande, Louise Rooney	lokal, regional	zivilgesellschaftlich

Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die auf Wachstum mit neuen Attributen setzen

Green Growth, Green Economy, Green New Deal – Der Weg aus der Krise ist grün

Steckbrief

Durch einen grünen Umbau der Wirtschaft sollen Win-Win Situation erreicht werden: die Reduktion von Armut, die Stärkung von Wirtschaftswachstum, die Sicherung von Arbeitsplätzen und ökologische Nachhaltigkeit.

Vertreter: UNEP, OECD

Perspektive: National und international

Ansatz: Politisch

Seit Beginn der Krise 2007 ist das Credo der aktuellen politischen Diskussionen vor allem „grün“. Green New Deal, Green Economy und Green Growth sind eng miteinander verknüpfte Konzepte, in denen es im Kern um einen **grünen Umbau der Wirtschaft** geht. Diese Konzepte zielen auf eine Veränderung von politischen Rahmenbedingungen ab, um die Finanz-, Wirtschafts- und Ökologiekrise in **win-win-Situationen** zu verwandeln. Sie begreifen **die Krise als Chance** und sind auf einem guten Weg in der politischen Arena zum neuen Mainstream zu werden. Viele PolitikerInnen und politiknahe Institutionen beziehen sich auf das neue Wirtschaftsparadigma, das nachhaltige Entwicklung (endlich) konkreter machen soll.

Der **Green New Deal** geht in seiner ursprünglichen Form auf US-Präsident Roosevelt zurück. Roosevelt schnürte in den 1930ern unter dem Titel „New Deal“ ein massiv öffentlich finanziertes Konjunkturpaket, um die Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Wie sich im Nachhinein zeigte: mit Erfolg. In Anlehnung an den New Deal bezeichnet der Green New Deal **grüne Konjunkturprogramme**, die auf einen strukturellen Umbau der Wirtschaft gerichtet sind. Die Idee ist, durch

Jahrzehntelang ging es uns vor allem ums Schützen, Aufräumen und Saubermachen; [...]. Das reicht aber nicht mehr. Wir werden Ökologie und Ökonomie ganz neu verbinden müssen.

Achim Steiner,

UNEP Executive Director

öffentlich angestoßene Investitionen in Schlüsselsektoren gleichzeitig die Wirtschaft anzukurbeln, **Green Jobs** zu schaffen, und den Klimawandel und drohende Ressourcenengpässe zu mindern. Zu grünen Investitionen zählen beispielsweise energieeffiziente Gebäudesanierungen, der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, die Förderung erneuerbarer Energien oder die Abschaffung von umweltkontraproduktiven Subventionen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hat wesentlich zur Begriffsverbreitung des Green New Deal beigetragen. UNEP hat 2008 die Initiative *Global Green New Deal* gestartet, um einen globalen Strukturwandel in einer globalisierten Welt anzustoßen. Der vorgeschlagene internationale Rahmen bestand im Wesentlichen aus drei Elementen: finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer, um eine Kontraktion ihrer Volkswirtschaften zu vermeiden; Unterstützung für nationale Regierungen bei der Schnürung von grünen Konjunkturpaketen; und internationale Politikkoordination, damit die geplanten Konjunkturprogramme eine positive Entwicklung von ärmeren Ländern fördern. Der Green New Deal wurde in der internationalen Diskussion mittlerweile weitgehend vom Begriff Green Economy abgelöst.

Die **Green Economy** ist ebenfalls ein Begriff, der federführend von UNEP geprägt wurde. UNEP sieht die Green Economy als eine Wirtschaftsweise, die „menschliches Wohlbefinden und soziale Gerechtigkeit fördert und gleichzeitig Umweltrisiken und ökologische Knappheiten verringert“ (UNEP, 2011). Für die Umsetzung dieser Vision hat UNEP die *Green Economy Initiative* ins Leben gerufen und als erstes Ergebnis den Bericht *Towards a Green Economy* veröffentlicht. Die Initiative soll EntscheidungsträgerInnen dabei unterstützen, eine ressourcen- und CO₂-ärmere und sozial gerechtere Wirtschaft Wirklichkeit werden zu lassen. UNEP versucht aufzuzeigen, mit welchen Reformen und politischen Rahmenbedingungen private und öffentliche Investitionen motiviert werden können, um den Übergang zu einer grünen Wirtschaft zu finanzieren. Zu diesem Zweck werden auch Best-Practice Beispiele aus der ganzen Welt gesammelt, um die positiven Effekte von grünen Investitionen und Politiken zu illustrieren. Letztendlich geht es darum einzelne Maßnahmen koordiniert in eine umfassende Strategie einzubetten, um dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung schnell näher zu kommen. Die Green Economy war eines von zwei Leitthemen auf der diesjährigen UN-Weltkonferenz **Rio+20** in Rio de Janeiro. Es bleibt noch abzuwarten, ob sie sich als neuer Leitbegriff im internationalen Nachhaltigkeitsdiskurs durchsetzen kann.

Green Growth beschreibt einen alternativen Wachstumspfad in Kontrast zum konventionellen Wirtschaftswachstumspfad. Grünes Wachstum basiert auf einer nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen,

die die Grundlage für Lebensqualität darstellt. Die Idee ist, dass der unter Umweltgesichtspunkten notwendige Umbau der Wirtschaft hin zu mehr Energie- und Ressourceneffizienz und einem besseren **Management von Naturkapital** ein **starker Treiber für Wachstum** sein kann. Die Erschließung neuer grüner Märkte, die Entwicklung von Ökoinnovationen und das Management von Ökosystemdienstleistungen schaffen Wettbewerbsvorteile und neue Geschäftsfelder, so die These. Green Growth soll damit – wie die Green Economy und der Green New Deal – Antworten auf die Krise geben und ein Bekenntnis darstellen, dass Wachstum und Umweltschutz Hand in Hand gehen können. Green Growth wird begrifflich von der OECD geprägt. 2009 haben 34 Minister eine *Green Growth Declaration* verabschiedet und damit der OECD ein politisches Mandat erteilt, an einer Green Growth Strategie zu arbeiten. Die Strategie wurde 2011 unter dem Titel *Towards Green Growth* als Startpunkt einer langfristigen Green Growth Agenda veröffentlicht. Sie gilt als politischer Rahmen und Richtschnur für nationale Anstrengungen, wie grünes Wachstum erreicht werden kann. Wie die Green Economy, ist auch Green Growth als eine neue politische Strategie zu verstehen, um nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Weiterführende Quellen und Links

Brand, Ulrich (2012). *Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy*.

Rosa-Luxemburg-Stiftung: Berlin.

UNEP (2011). *Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development*

and Poverty Eradication, <http://www.unep.org/greeneconomy/GreenEconomyReport/tabid/29846/language/en-US/Default.aspx>

(16. Juli 2012).

OECD (2011). *Towards Green Growth*, [http://www.oecd.org/document/10/](http://www.oecd.org/document/10/0,3746,en_2649_37465_47983690_1_1_1_37465,00.html)

[0,3746,en_2649_37465_47983690_1_1_1_37465,00.html](http://www.oecd.org/document/10/0,3746,en_2649_37465_47983690_1_1_1_37465,00.html) (16. Juli, 2012).

Europa 2020 – Die europäische Wachstumsstrategie

Steckbrief

Europa 2020 skizziert als wichtigste politische Strategie der Europäischen Union eine Vision für die nächste Dekade: intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Vertreter: Europäische Kommission, Europäischer Rat

Perspektive: Europäische Union

Ansatz: Politisch

Europa 2020 ist die zentrale wirtschaftspolitische Strategie der Europäischen Union. Sie wurde von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, und vom Europäischen Rat im Juni 2010 beschlossen. Als Nachfolgestrategie und Weiterentwicklung der Lissabon-Strategie gibt sie die Eckpunkte der wirtschaftspolitischen Agenda für den Zeitraum 2010 bis 2020 vor. Während die Lissabon-Strategie unter dem Zeichen „Growth and Jobs“ stand, differenziert Europa 2020 Wachstum stärker aus. Es geht nicht um jede Form von Wachstum als Ziel, sondern um nachhaltiges, integratives und intelligentes Wachstum. Europa 2020 setzt damit drei klare Prioritäten. **Intelligentes Wachstum** bezieht sich auf die Entwicklung einer Wissens- und Innovationswirtschaft (z. B. Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung, Innovation, ICT). **Nachhaltiges Wachstum** bedeutet den Aufbau einer emissionsarmen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft (z. B. Maßnahmen in den Bereichen Klima, Energie, Umwelttechnologien). **Integratives Wachstum** meint die Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und starkem sozialen und regionalen Zusammenhalt (z. B. Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Armutsbekämpfung, Kohäsion). Diese drei Prioritäten wurden in fünf konkrete **Kernziele** übersetzt:

Europa muss wieder auf Kurs kommen und dann auf dem richtigen Kurs bleiben. Das ist das Anliegen von Europa 2020. Es geht um mehr Arbeitsplätze und mehr Lebensqualität.

*José Manuel Barroso,
EU-Kommissions-
präsident*

- *Beschäftigung*: 75 % der 20- bis 64-Jährigen sollen in Arbeit stehen.
- *Forschung und Entwicklung*: Aufwendung von 3 % des BIP der EU für Forschung und Entwicklung.
- *Klimawandel und Energie*: Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 % (oder sogar um 30 %, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind) gegenüber 1990; Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 %; Steigerung der Energieeffizienz um 20 %.
- *Bildung*: Verringerung der SchulabbrecherInnenquote auf unter 10 %; Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40 %.
- *Armut und soziale Ausgrenzung*: Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden.

Diese quantifizierbaren Ziele sollen bis 2020 EU-weit erreicht werden. Für eine effektive Umsetzung der Strategie hat sich jedes EU-Mitgliedsland nationale Ziele gesetzt, die den landestypischen Gegebenheiten und Möglichkeiten entsprechen. Damit wird sichergestellt, dass die einzelnen Mitgliedstaaten die Ausgestaltung von Reformen selbst regeln können und trotzdem zu den EU-weiten Zielen beitragen. Der Fortschritt zu den EU-Zielen wird jedes Jahr im Rahmen von **Nationalen Reformprogrammen** festgehalten und der Europäischen Kommission vorgelegt, die in Koordination mit dem Rat daraufhin länderspezifische Empfehlungen ausspricht.

Auf der EU-Ebene werden die Reformbemühungen der Mitgliedstaaten durch sieben **EU-Leitinitiativen** unterstützt, die den zentralen Prioritäten intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zugeordnet sind. Beispielsweise soll die Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung durch den Einsatz emissionsarmer Technologien und erneuerbarer Energien fördern und so zum Ziel nachhaltiges Wachstum beitragen. Die Leitinitiativen sollen Impulse setzen und die Reformanstrengungen der Mitgliedsländer unterstützen und somit zur Erreichung der Kernziele beitragen. Dabei steht das gesamte EU Instrumentarium zur Verfügung, z. B. Gesetzesinitiativen oder der Austausch von best-practice Beispielen.

Zusätzlich zur inhaltlichen Fokussierung wurde der Governance-Mechanismus durch die Einführung eines sogenannten **Europäischen Semesters** als Steuerungsinstrument verstärkt. Dahinter verbirgt sich

ein jährlicher Governance-Zyklus, der zu einer stärkeren Koordinierung und Überwachung und zu mehr politischer Verbindlichkeit führen soll.

Weiterführende Quellen und Links

Europe 2020 (2012). *Offizielle Website von Europa 2020*, http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm (16. Juli 2012).

Europäische Kommission (2010). *Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*. KOM(2010) 2020 endgültig, [http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET %20 %20DE %20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf](http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf) (16. Juli 2012).

European Council (2010). *Council Conclusions, EUCO 13/10*, http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/council_conclusion_17_june_en.pdf (16. Juli 2012).

Enquete Kommission für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität – Debatte über gesellschaftlichen Fortschritt im Deutschen Bundestag

Steckbrief

Die Enquete Kommission soll Wege aufzeigen wie Wohlstand und gesellschaftlicher Fortschritt in einem modernen Verständnis in einer sozialen Marktwirtschaft gesichert und umgesetzt werden können.

Vertreter: 17 Abgeordnete des Deutschen Bundestages und
17 externe ExpertInnen
Perspektive: Deutschland
Ansatz: Parlamentarische Debatte

Die Enquete Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat einen weitgespannten dreigeteilten Auftrag. Sie soll den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft ermitteln, einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator entwickeln und die Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt ausloten. Enquete Kommissionen können von einem Viertel der Bundestagsabgeordneten eingesetzt werden, um Entscheidungen über umfangreiche, bedeutsame Sachkomplexe vorzubereiten. Die Enquete Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ wurde auf Impuls der SPD und der Grünen eingebracht. Sie setzt sich aus 34 Mitgliedern zusammen: aus 17 Bundestagsabgeordneten unterschiedlicher Fraktionen und der gleichen Anzahl von externen ExpertInnen. Das Gremium fokussiert seine Arbeit im Rahmen von Projektgruppen auf die folgenden Aspekte.

Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser Arbeitskreis beschäftigt sich mit der Frage ob, wie viel und welches Wachstum entwickelte Staaten wie Österreich oder Deutschland brauchen, um gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Das Thema wird wissenschaftlich und politisch kontrovers diskutiert. Die Projektgruppe ist laut Karl-Heinz Paqué (BpB, 2012) in zwei Lager gespalten: die Quantitätstheoretiker, die Wachstum im Wesentlichen als ein physisches „Mehr“ von Gütern interpretieren und die Qualitätstheoretiker, die darauf hinweisen, dass durch technologischen Fortschritt ein Wertzuwachs auch mit konstantem oder weniger Ressourcenverbrauch möglich sei,

Wachstum bedeutet
Wohlstand:
Das funktioniert nicht mehr!
Daniela Kolbe,
Vorsitzende der
Enquete-Kommission

spricht: qualitatives Wachstum. Die Arbeitsgruppe steht vor der Herausforderung die Streitpunkte, die auf unterschiedliche Denktraditionen und Grundeinstellungen zurückgehen, in konkrete politische Empfehlungen umzuwandeln.

Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikators. Die zweite Projektgruppe hat sich darauf geeinigt ein Set von Indikatoren zu entwickeln, das leicht verständliche, aussagekräftige und visuell ansprechende Informationen zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland liefert. Das Set soll etwa drei bis fünf Dimensionen widerspiegeln, die durch Leitindikatoren und andere geeignete Indikatoren unterlegt werden. Wichtige Wohlstands- und Fortschrittsbereiche sind beispielsweise materieller Lebensstandard, der Zugang zu und die Qualität von Arbeit, die Verteilung von Wohlstand, politische Teilhabe, Bildungschancen, subjektive Lebenszufriedenheit und eine intakte Umwelt. Laut Plan wird das Indikatorenset bis Ende 2012 vollständig entwickelt sein. Danach soll es als Fundament für politische Entscheidungen fungieren (BpB, 2012).

Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung. In der dritten Arbeitsgruppe geht es um die Frage, wie das BIP vom Verbrauch natürlicher Ressourcen, Emissionen und Umweltkapital entkoppelt werden kann. Auf Basis einer Analyse von Entkopplungsprozessen werden konkrete Handlungsmöglichkeiten und Umsetzungsstrategien entlang einzelner Ressourcen, ausgewählter Wirtschaftszweige und Akteure erarbeitet. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden im Herbst 2012 vorgelegt und sollen unter anderem als Input für die Arbeit der vierten Projektgruppe zur Gestaltung nachhaltiger Ordnungspolitik dienen (BpB, 2012).

Die Projektgruppen **Nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik** und **Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile** waren im Sommer 2012 noch nicht konstituiert. Sie werden sich damit befassen wie eine Wirtschaftspolitik ausgestaltet werden kann, die sich an wertvollem Wachstum und gesellschaftlichem Fortschritt orientiert, und welche anderen gesellschaftlichen Möglichkeiten für einen Wandel in Richtung Wohlstand und Fortschritt zur Verfügung stehen.

Die Arbeit aller fünf Projektgruppen wird durch die Vergabe von Gutachten an ExpertInnen unterstützt.

Bisher hat die Enquete-Kommission 21 Mal getagt. Sie wird am Ende der Legislaturperiode 2013 dem Bundestag ihre Berichte und konkrete Empfehlungen vorlegen, in denen Wege aufgezeigt werden sollen, wie nachhaltiges Wirtschaften innerhalb der sozialen Marktwirtschaft

gestärkt werden kann. Auf dieser Grundlage entscheidet der nächste Bundestag, ob die Kommission ihre Arbeit fortsetzen soll.

Weiterführende Quellen und Links

Enquete Kommission (2012). *Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*, <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/index.jsp> (18. Juli 2012).

BpB (2012). *Wohlstand ohne Wachstum?* APuZ, 62. Jahrgang 27-28/2012, <http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/139104/wohlstand-ohne-wachstum> (18. Juli 2012).

Die Blue Economy – 100 von der Natur inspirierte Innovationen

Steckbrief

Die Blue Economy ist ein Geschäftsmodell, das – inspiriert von der Natur – Ressourcen und Abfälle innovativ nutzt, um 100 Millionen Arbeitsplätze bis 2020 zu schaffen, zusätzliche Umsätze für Unternehmen zu generieren und eine Welt ohne Emissionen bis 2050 zu erreichen.

Vertreter: Gunter Pauli, Blue Economy Institute,
Blue Economy Alliance

Perspektive: International

Ansatz: Internationales Netzwerk aus Unternehmen,
Investoren und Wissenschaftlern

Der Begriff *Blue Economy* wurde 2010 vom Unternehmer Gunter Pauli im gleichnamigen Buch geprägt. Blau bezieht sich auf die Farbe des Ozeans, des Himmels und der Erde, wenn sie vom Weltall aus betrachtet werden. Die ursprüngliche Idee war die 100 besten **von der Natur inspirierten Technologien** in den Bereichen Wasser, Energie, Bauwesen und Ernährung zu sammeln, die klimafreundlich, ressourceneffizient und gleichzeitig wettbewerbsfähig sind. Ausgangspunkt der Blue Economy war das Projekt „Nature’s 100 Best“ in einer Zusammenarbeit zwischen der Zero Emissions Research Initiative (ZERI), dessen Gründer Gunter Pauli ist, und dem Biomimicry Institute. Die gesammelten 100 innovativen Ideen wurden unter dem Titel Blue Economy als Buch veröffentlicht. Die **Blue Economy Alliance** stellt seither das Wissen zu diesen Innovationen auf einer elektronischen Plattform der Allgemeinheit zur Verfügung und unterstützt deren Umsetzung in Geschäftsmodelle.

Die Blue Economy geht für Gunter Pauli einen Schritt über die Green Economy hinaus – sie soll für alle leistbar und gänzlich umweltfreundlich sein und zielt darauf ab, das gesamte Wirtschaftssystem zu verändern. Eine neue Generation von UnternehmerInnen, die nur das an Ressourcen verwendet, was im lokalen Umkreis vorhanden ist, die Abfälle eines Produktes als Ausgangspunkt für ein anderes nimmt und effizient und nachhaltig produziert, soll zu einem neuen Wirtschaftsmodell führen. Arbeitsplätze werden geschaffen, Sozialkapital aufgebaut und die

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ist mir [...] endgültig klar geworden, dass Grün nur für diejenigen gut ist, die Geld haben. Das ist nicht gut. Wir sollten eine Wirtschaft schaffen, die die Grundbedürfnisse aller Menschen sicher stellen kann – und zwar mit dem, was zur Verfügung steht.

*Gunter Pauli,
Gründer von ZERI*

Wirtschaft und Gesellschaft bewegen sich in Richtung Nachhaltigkeit, so die These.

Die Blue Economy **basiert auf der Funktionsweise von Ökosystemen**. Sie lehnt sich am Modell der **Kaskadenwirtschaft** der Natur an, in dem der Abfall eines Stoffwechselprozesses als Ausgangsmaterial für den Nächsten fungiert. Ein Beispiel, wie dieses Prinzip auf die Wirtschaft umgelegt werden kann, ist folgendes: Kaffeesud, der üblicherweise als Abfall gilt, ist für die Züchtung von Pilzen geeignet. Nach der Ernte ist das Restprodukt reich an Aminosäuren und somit eine gute Futterquelle für Hühner. Der Mist der Hühner kann in einer Biogasanlage zu Biogas verarbeitet werden. Dadurch, dass Nebenprodukte wieder zu Inputfaktoren werden und der Abfall minimiert wird, haben Ressourcen einen längeren Lebenszyklus und werden effizienter eingesetzt.

Eine weitere Beobachtung aus der Natur, die sich die Blue Economy Innovatoren zu Nutze machen ist, dass Ökosysteme sehr stark physikalische Grundgesetze nutzen, während chemische Prozesse weniger bedeutend sind. Deshalb bauen die Innovationen der Blue Economy inspiriert von der Natur stark auf den Gesetzen der Physik auf. So haben sich Forscher beispielsweise von Zebras und der Bauweise von Termitenhügeln abgeschaut, wie Gebäude mit Hilfe von Druck- und Temperaturdifferenzen natürlich belüftet und dadurch Betriebskosten gesenkt werden können. Die Blue Economy ist somit ein Geschäftsmodell, das durch die Verwendung von Abfall als Inputfaktor Produkte mit besserer Qualität zu geringeren Preisen sowie zusätzliche Umsätze und Arbeitsplätze schaffen will. Die Blue Economy Alliance bietet einen open-source Zugang zu 100 innovativen Ideen und fördert deren Umsetzung in der Praxis.

Weiterführende Quellen und Links

Blue Economy Alliance (2012). *Plattform der Blue Economy*, www.blueeconomy.de (16. Juli 2012).

Pauli, Gunter (2010). *The Blue Economy. 10 years, 100 innovations, 100 million jobs*. Paradigm Publications: New Mexico.

Pauli, Gunter (2010). *The Blue Economy. Summary for UNEP*, http://www.unep.org/pdf/OP_Feb/EN/OP-2010-02-EN-ARTICLE7.pdf (16. Juli 2012).

The Blue Economy on YouTube: <http://www.youtube.com/watch?v=1af08PSlals> (16. Juli 2012).

Cradle to Cradle – Intelligente Verschwendung

Steckbrief

Cradle to Cradle ist ein Geschäftsmodell, bei dem Materialien in einem geschlossenen Kreislauf zirkulieren, deren Qualität erhalten oder aufgewertet wird, um sichere und gesunde Produkte zu entwickeln und vermarkten.

Vertreter: Michael Braungart, William McDonough

Perspektive: International

Ansatz: Wissenschaftlich und unternehmerisch

Das Vorbild für Cradle to Cradle (C2C) ist die Natur. In der C2C-Vision zirkulieren alle Materialien – biologische und technische – in geschlossenen Kreisläufen und Produkte sind so konzipiert, dass sie keine schädlichen Umweltauswirkungen haben. Da in der Kreislaufverwendung keine Nährstoffe verloren gehen, dürfe der Mensch maßlos sein wie die Natur, die im Überfluss produziert. Michael Braungart spricht in diesem Zusammenhang von **intelligenter Verschwendung**.

Das C2C-Konzept wurde von Michael Braungart und der von ihm gegründeten Environmental Protection Encouragement Agency (EPEA) geprägt, beginnend mit der Entwicklung von **Life-Cycle-Assessments** in den späten 1980ern. Das C2C-Modell ist nicht auf Produkte beschränkt, sondern kann auch in der Stadtplanung oder im Gebäudebau angewandt werden. Weltweit wird C2C von Unternehmen, Organisationen und Regierungen, überwiegend in der EU, China und den USA praktiziert. Ein Beispiel aus Österreich ist die Ökoregion Kaindorf in der Steiermark, die sich der ökologischen Kreislaufwirtschaft verschrieben hat und ihre Energie weitestgehend aus erneuerbaren Quellen bezieht.

Das C2C Design ist eng mit der **Öko-Effektivität Philosophie** verbunden, die über Effizienzsteigerungen hinausgeht. Es geht nicht darum weniger umweltschädliche Güter zu produzieren und Systeme und Produkte zu optimieren. Das C2C Konzept ist ambitionierter: Die Erzeugung von völlig gesunden und sicheren Produkten, deren Qualität und Produktivität während des Lebenszyklus erhalten oder erhöht werden steht im Mittelpunkt. Während die Effizienzstrategie versucht, den Zeitpunkt des Ausscheidens von Stoffen zu verzögern, bleiben die Materialien bei C2C in **geschlossenen Kreisläufen**. Daher der Name „Cradle to Cradle“

Nachhaltigkeit ist langweilig. Die schönsten Dinge im Leben sind weder nachhaltig noch effizient: Denken sie an Mozart, Sex oder italienisches Essen mit fünf Gängen. Wir müssen uns nicht einschränken!
*Michael Braungart,
Gründer von EPEA*

- von der Wiege zur Wiege - im Gegensatz zu „Cradle to Grave“ - von der Wiege zur Bahre. Hier liegt ein bedeutender Unterschied zur Blue Economy, bei der durch Kaskadenwirtschaft versucht wird die Inputfaktoren länger zu nutzen. Bei C2C können die Materialien im idealen Fall ewig genutzt werden, weil sie ständig im Kreislauf zirkulieren.

Die Kreislaufwirtschaft von C2C basiert auf drei Erkenntnissen, die sich aus der Beobachtung der Natur ableiten. Die zentrale Beobachtung ist, dass der Mensch das einzige Lebewesen ist, das Abfall erzeugt. Im biologischen Kreislauf ist **Abfall gleich Nährstoff**, das heißt die Reststoffe eines Stoffwechselprozesses sind Ausgangspunkt für den Nächsten. Dementsprechend werden bei C2C bereits bei der Entwicklung von neuen Produkten die **Materialien** so gestaltet, dass sie **biologisch oder technisch wiederverwendbar** sind. Die Fähigkeit zum **Recycling** wird von Anfang an eingeplant. Verbrauchsgüter, die aus biologischen Nährstoffen bestehen und während der Anwendung verschleifen, sind so designt, dass sie ungiftig kompostierbar sind und wieder in den biologischen Kreislauf eingespeist werden können. In Gebrauchsgütern sind nur technische Nährstoffe enthalten, die für die Umwelt unschädlich sind und sich weiterverwenden lassen. Die Qualität der Materialien wird während der Produktionszyklen aufrecht erhalten oder durch Wissensaufbau und Vernetzung zwischen Akteuren der Produktionskette sogar erhöht („upcycling“). Nach dem ursprünglichen Konzept von Braungart und McDonough bleiben die Gebrauchsgüter im Eigentum der Hersteller und werden von den Nutzern geleast. Somit wird der Konsument von der Verantwortung für fachgerechte Entsorgung enthoben, während der Produzent für die Wiederverwendung der Nährstoffe zuständig ist. In einer weiteren Anlehnung an die Natur nutzt C2C **Sonnenenergie** als zentrale Energiequelle, weil sie theoretisch maßlos verwendet werden kann. Eine weitere Beobachtung aus der Natur ist, dass **Diversität** zu erhöhter Resilienz führt. In diesem Sinne sollen bei C2C menschliche Systeme auf lokale Voraussetzungen und Bedürfnisse abgestimmt sein.

Ein viel verwendetes Bild für C2C ist ein blühender Kirschbaum. Im Frühjahr zeigt sich der Baum in einer üppigen Blütenpracht, jedoch entstehen nur aus wenigen Blüten Bäume. Der Rest wird scheinbar verschwendet. Doch diese Blüten fallen zu Boden und können von anderen Organismen wieder als Nährstoffe verwendet werden. Umgelegt auf ein konkretes Beispiel aus der Wirtschaft, kann die C2C Philosophie folgendermaßen aussehen: Bei der Planung einer C2C designten Lagerhalle werden andere Nutzungsmöglichkeiten mitbedacht und die Lagerhalle so konzipiert, dass sie später adaptiert werden kann. Somit steht das Gebäude mehreren Generationen mit unterschiedlichen Bedürfnissen zur Verfügung. Alle dabei verwendeten Materialien sind unschädlich für Mensch und Umwelt, die biologischen Nährstoffe sind kompostierbar

und bereichern den biologischen Kreislauf, die technischen Nährstoffe können nach Ablauf der Gebäudelebensdauer in derselben Qualität rückgewonnen werden und fließen erneut in die Produktion. Die Energie, die für die Errichtung, die Instandhaltung, die Umgestaltung oder den Abriss benötigt wird, stammt nach dem C2C Konzept aus der unerschöpflichen Energiequelle Sonne.

C2C ist ein Konzept, das schadstofffreie und umweltverträgliche Materialien einsetzt und damit Produkte erzeugt, die unbedenklich für Gesundheit und Umwelt sind. Es geht nicht um das Sparen von Ressourcen, sondern um deren intelligente Verwendung in Kreisläufen. Laut Michael Braungart ist damit die gute Wegwerfgesellschaft geboren: statt Vermeidung und Verzicht könne ohne schlechtes Gewissen konsumiert werden.

Weiterführende Quellen und Links

McDonough, William, Braungart, Michael (2002). *Cradle to Cradle: Remaking the Way We Make Things*. North Point Press: New York.

Cradle to Cradle Network (2012). *Cradle to Cradle: Theoretical Framework*.
http://www.c2cn.eu/sites/default/files/C2C_theor_framework.pdf
(16. Juli 2012).

C2C Österreich (2012). *Cradle to Cradle Design Österreich*,
<http://www.cradletocradle.at/> (16. Juli 2012).

EPEA (2012). Internationale Umweltforschung GmbH, <http://www.epea.com>
(16. Juli 2012).

Faktor X – Die absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs um ein x-faches

Steckbrief

Das Faktor X Konzept gibt Antworten auf die Frage, wie der Umweltverbrauch gemessen und um ein Vielfaches verringert werden kann.

Vertreter: Friedrich Schmidt-Bleek, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Faktor 10 Institut

Perspektive: Auf der Ebene von Produkten und Dienstleistungen, Unternehmen oder national

Ansatz: Wissenschaftlich, unternehmerisch, politisch

Der globale Materialverbrauch ist in den vergangenen 30 Jahren um fast 80 % gewachsen und beträgt heute etwa 70 Milliarden Tonnen pro Jahr. Dadurch wird die Menschheit zunehmend abhängiger von nicht-erneuerbaren Materialien, wie fossilen Energieträgern, Metallen und Mineralien. Wenn alle Menschen nur das verbrauchen würden, was auf Dauer verträglich ist, müssten die Bewohner des globalen Nordens den Ressourcenverbrauch in den nächsten 30 bis maximal 40 Jahren um bis zu 90 % reduzieren.

An dieser These setzt die Idee von Faktor X an. Es geht um eine **Dematerialisierung** der Wirtschaft, das heißt den Materialverbrauch weltweit auf ein Maß zu reduzieren, das zukunftsfähig ist. In welchem Ausmaß Ressourcenverbräuche zurückgehen müssten um sich einem nachhaltigen Niveau anzunähern, darüber sind sich ExpertInnen uneinig. Ernst Ulrich von Weizsäcker propagiert den **Faktor 4** – eine Verdopplung des globalen Wohlstands bei einer Halbierung des Ressourcenverbrauchs; Friedrich Schmidt-Bleek hält das für nicht ausreichend und fordert mindestens einen **Faktor 10** in den entwickelten Industrieländern – also die Reduktion auf ein Zehntel des heutigen Umfangs – damit Entwicklungsländer genügend Spielraum für wirtschaftliche Entwicklung haben und der Wohlstand in den entwickelten Ländern gleich bleibt. Faktor 4 wäre mit einer jährlichen Ressourceneffizienzsteigerung von 3 % zu erreichen; für Faktor 10 bedarf es einer 5 %igen Effizienzsteigerung pro Jahr.

Um den Umweltverbrauch und Fortschritte in Richtung Faktor X messen zu können, hat Friedrich Schmidt-Bleek in den 1990ern das **MIPS-Konzept** entwickelt. MIPS steht für **Materialintensität pro Service-**

Willige und fähige Länder sollten sich ohne Verzögerung zusammenschließen und zeigen, dass dematerialisierte und soziale Wohlfühlstandsschaffung möglich und profitabel ist.
Friedrich Schmidt-Bleek, Präsident des Faktor 10 Instituts

einheit. Um die Materialintensität zu erfassen, werden alle Umweltverbräuche, die für ein bestimmtes Produkt oder eine Dienstleistung aufgewendet werden müssen, in Kilogramm gemessen, beginnend bei der Rohstoffgewinnung über Produktion, Vertrieb und Entsorgung. Umweltrelevante Verbräuche sind **erneuerbare und nicht-erneuerbare Ressourcen, Fläche und Wasser.** Nicht-erneuerbare Rohstoffe sind fossile Energieträger wie z. B. Öl, Gas und Kohle, aber auch Erze oder Mineralien, die z. B. von der Bauwirtschaft benötigt werden. Erneuerbare Ressourcen sind z. B. nachwachsende Rohstoffe wie Holz, Nahrungsmittel wie Getreide oder Fische. Sie sind zwar „erneuerbar“ aber auch sie sind knapp. Das gleiche gilt für Trinkwasser. Definitiv begrenzt ist die Fläche Erde, vor allem wenn es sich um fruchtbares Land handelt.

Als Synonym für Materialinputs hat Friedrich Schmidt-Bleek den Ausdruck „**ökologischen Rucksack**“ erfunden, um das Konzept zu veranschaulichen. Das ist also der Naturverbrauch in Form von Erde, Wasser und Luft (bzw. Treibhausgasen), der bei der Herstellung verursacht wird. Rucksäcke können auch für einzelne Inputkategorien berechnet werden, z. B. **Wasserrucksäcke** oder **CO₂-Rucksäcke.** So kann berechnet werden, dass z. B. für ein Schnitzel 2 kg (und 13 l Wasser), für eine Tasse Kaffee 150 g (und 150 l Wasser) oder für einen Flatscreen 3 Tonnen Ressourcen verbraucht werden (Hinterberger und Ax, 2013). Nachhaltig wären in etwa 10 kg pro Person und Tag (Hinterberger und Ax, 2013).

Diese Berechnungen bieten Unternehmen **Ansatzpunkte für Einsparungspotenziale** bei Ressourcen und sind so ein Schritt zum Faktor X. Ein Beispiel: Im Zuge einer Studie für SPAR (SERI, 2010) wurde herausgefunden, dass bei der Produktion von österreichischem Schweinefleisch rund 50 % Treibhausgasemissionen eingespart werden könnten, indem Bauern von Importsoja auf Soja, das im Donauraum angebaut wird, umstellen würden.

Soviel zum „MI“ des MIPS-Konzepts. Der zweite Teil des Konzepts – das „PS“ (pro Serviceeinheit) kommt ins Spiel sobald das Produkt oder die Dienstleistung genutzt wird. Vollständig ist MIPS, wenn man bewerten kann wie viel die im Produkt investierte Natur an **Nutzen** stiftet. Bei Wegwerfprodukten ist $MIPS = MI$, weil $S = 1$ ist; bei langlebigen Produkten nähert sich MIPS einem kleinen Bruchteil des ursprünglichen MI an. Das Design von Produkten nach dem MIPS-Konzept beginnt mit der Frage nach dem gewünschten Nutzen. Dann wird eine technische Lösung ausgeklügelt, die diesen Nutzen mit der geringstmöglichen Menge Natur erbringen kann und außerdem für das Unternehmen profitabel ist. Es gibt viele Beispiele aus der Praxis wie aus weniger Natur mehr Wohlstand geschaffen werden kann.

MIPS bezieht sich also auf die **Mikro-Ebene der Wirtschaft**, auf einzelne Produkte oder Dienstleistungen, oder Gebäude oder Infrastrukturen. Auch auf der **Makro-Ebene** können Ressourcenverbräuche gemessen werden, z. B. mit Indikatoren wie DMC, TMR oder TMC. Domestic material consumption (DMC) steht für die inländische Materialentnahme inklusive der Importe und exklusive der Exporte. Total material requirements (TMR) gibt die jährlich durch eine Wirtschaft fließende Materialmenge in Jahrestonnen an, einschließlich der ökologischen Rucksäcke. Total material consumption (TMC) beziffert aus einer Konsumperspektive, wie viel Tonnen Material eine Wirtschaft im Jahr konsumiert.

Die Makro-Perspektive rückt die **politische Relevanz** von Faktor X ins Licht: das Konzept gehört mittlerweile zum Mainstream internationaler Nachhaltigkeitspolitik. Ressourcenberechnungen stellen eine Grundlage für evidenz-basierte Politikentwicklung dar. Die Europäische Kommission greift beispielsweise in der Entwicklung und Umsetzung der Ressourceneffizienz-Offensive auf diese Art von Berechnungen zurück. Japan hat den Faktor 10 schon vor zehn Jahren zu einem strategischen Bestandteil der Wirtschaftspolitik gemacht. Das Konzept wird auch im Hinblick auf die ökologische Kennzeichnung von Produkten herangezogen. In Summe geht es auf der politischen Ebene darum wie Anreize geschaffen werden können, um den Verbrauch von natürlichen Ressourcen zu bremsen, Rebound-Effekte zu vermeiden und gleichzeitig Arbeitsplätze und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu schaffen.

Weiterführende Quellen und Links

Faktor 10 Institute (2012). *Faktor 10 Institute*, <http://www.factor10-institute.org/> (24. Juli 2012).

Hinterberger, Friedrich; Ax, Christine (2013 erscheinend). *Ausgewachsen*. Wien.
Schmidt-Bleek, Friedrich (Hrsg.) (2004). *Der ökologische Rucksack*. Wirtschaft für eine Zukunft mit Zukunft. Hirzel: Stuttgart.

SERI (2010). *Schweinefleischproduktion in Österreich – Klimaauswirkungen und Ressourceneffizienz*. SERI Endbericht, <http://seri.at/de/projects/completed-projects/spar-pork-meat/> (25. Juli 2012).

Von Weizsäcker, Ernst Ulrich; Hargroves, Karlson; Smith, Michael (2010). *Faktor Fünf: Die Formel für nachhaltiges Wachstum*. Droemer: München.

Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die Wachstum als Problem thematisieren und versuchen die Wachstumsabhängigkeit zu verringern

Steady State Economy – Die optimale Größe der Wirtschaft

Steckbrief

Die Steady State Economy ist eine Vision der Wirtschaft, die auf einem optimalen Niveau physisch nicht mehr wächst, sondern sich auf einem nachhaltigen Konsumniveau und mit konstanter Bevölkerung weiterentwickelt. Es werden konkrete makroökonomische Politiken für den Übergang und die Umsetzung einer Steady State Economy vorgeschlagen.

Vertreter: Herman E. Daly, CASSE – Center for the Advancement of the Steady State Economy

Perspektive: International

Ansatz: Wissenschaftlich

Herman Daly wirft die Frage über die optimale physische Größe der Wirtschaft auf. Daly und andere Advokaten stellen fest, dass das ökonomische Subsystem, das in ökologische Systeme eingebettet ist, mittlerweile mehr als ausgewachsen ist. Wirtschaftswachstum sei bereits unwirtschaftlich geworden: es schafft in Summe keinen Wohlstand mehr, sondern verringert den Kapitalstock, auf dem unser Wohlstand aufgebaut ist. Auf dieser Grundlage kritisiert Daly die Pro-Wachstums-Orthodoxie und schlägt eine alternative Vision vor: die Steady State Economy (SSE).

While technology will continue to pull rabbits out of hats, it will not pull an elephant out of a hat – much less an infinite series of ever-larger elephants.
Herman E. Daly,
emeritierter Professor

Die SSE kennzeichnet sich durch einen konstanten physischen Kapitalstock und eine konstante Bevölkerung, die beide auf einem optimalen Niveau aufrechterhalten werden sollen. Die SSE ist somit ein **physisches Konzept**, mit dem Ziel, einen wünschenswerten physischen Kapitalstock mit einem Minimum an Materialdurchsatz aufrecht zu erhalten. Eine SSE impliziert keinen konstanten Materialdurchsatz, oder weniger technologischen Fortschritt, oder ein unendliches Leben für das Wirt-

schaftssystem. Sie ist eine Strategie für die längstmögliche Erhaltung unseres „Spaceship Earth“. In Herman Daly's Vision stirbt unsere Ökonomie irgendwann an Altersschwäche und nicht am Krebs von „Growthmania“.

Die **Gesetze der Thermodynamik** spielen eine wichtige Rolle in dieser Vision. Sie stellen den theoretischen Rahmen für die SSE dar. Den thermodynamischen Gesetzen folgend steht der Menschheit ein begrenztes Budget an Energie mit niedriger Entropie zur Verfügung, mit der sie wirtschaften und leben kann. Wenn zu viel dieser Energie für wirtschaftliche Aktivitäten verwendet wird, beginnen die komplexen lebenserhaltenden ökologischen Systeme zu versagen. Herman Daly übt auf dieser Basis Kritik an der orthodoxen ökonomischen Theorie und der Wachstumslogik, weil sie gegen das zweite Gesetz der Thermodynamik verstößt (und auch gegen den Hausverstand, wie Daly meint): eine Wirtschaft könne mit einem begrenzten Vorrat an Energie und Ressourcen einfach nicht unendlich wachsen.

Ausgehend von diesen theoretischen Überlegungen schlägt Daly drei **Institutionen** für die Erreichung und Aufrechterhaltung einer SSE vor. Erstens, eine Institution mit dem Auftrag die **Bevölkerung konstant** zu halten. Als Instrument werden beispielsweise handelbare Geburtenlizenzen vorgeschlagen, die durch die Institution verwaltet würden. Zweitens, eine Institution, die für einen **konstanten physischen Kapitalstock** sorgt und den Materialdurchsatz innerhalb ökologischer Grenzen hält. Dieses Ziel könnte beispielsweise durch die Implementierung von Cap-Auction-Trade-Systemen für natürliche Ressourcen erreicht werden, die ähnlich funktionieren wie der Emissionshandel. Und drittens eine Institution für **mehr Verteilungsgerechtigkeit**, um die Ungleichverteilung von konstanten Kapitalstöcken zwischen den Menschen einer konstanten Gesamtbevölkerung zu begrenzen. Als verteilungsgerechte Maßnahme schlägt Daly beispielsweise die Einführung von Obergrenzen für Einkommen und Vermögen vor. Mit diesen Ideen beschreibt Daly ein Modell, das auf den existierenden Institutionen von Privateigentum und marktwirtschaftlichen Grundsätzen aufbaut. In diesem Sinne ist es recht konservativ.

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie diese Wirtschaft funktionieren könnte, stelle man sich einen alten Wald vor. Ein Wald wächst irgendwann nicht mehr, sondern ist ein komplexes lebendiges System, in dem verschiedene Lebewesen kooperieren und konkurrieren, und in dem sich über die Zeit neue Arten und Ökosysteme entwickeln. Nicht mehr zu wachsen ist nicht gleichbedeutend mit Stagnation. Es geht vielmehr um ein **dynamisches Gleichgewicht**. Umgelegt auf eine SSE bedeutet das, dass sie sich zwar weiter entwickelt, dabei aber innerhalb der regenerativen Kapazitäten der Natur bleibt.

Daly ist davon überzeugt, dass diese SSE funktionieren könnte, wenn sie von den Leuten akzeptiert würde. Seiner Einschätzung nach ist die Akzeptanz in einer kurzfristigen Sicht zwar nicht gegeben, aber auf Basis seiner Vorschläge in der nicht allzu weiten Zukunft zumindest plausibler. Besonders, weil alle vorgeschlagenen Institutionen und Maßnahmen graduell angepasst und ausgedehnt werden könnten.

Die zugrunde liegende Idee der SSE wurde das erste Mal vor etwa 150 Jahren vom klassischen Ökonomen John Stuart Mill formuliert in seiner Diskussion des Stationary State. Herman E. Daly, ein Schüler von Georgescu-Roegen und ehemaliger Weltbankökonom, hat die Idee aufgegriffen und während der letzten Jahrzehnte konkretisiert. Heute beziehen sich viele Ökologische Ökonomen auf Daly's Ideen und entwickeln sie weiter. Das Center for the Advancement of the Steady State Economy (CASSE) ist eine wissenschaftliche Vereinigung in den USA, deren Mission es ist die Idee der SSE weiter zu verbreiten.

Die SSE kann als ein Versuch verstanden werden eine politische Ökonomie zu entwickeln, die ökologische und existentielle Knappheiten berücksichtigt und für einen Durchschnittsbürger verständlich ist. Sie beschreibt einen Rahmen für eine neue Ökonomie, die die Definition einer SSE umfasst, Argumente warum sie notwendig und wünschenswert ist und Vorschläge für passende Institutionen und politische Instrumente.

Weiterführende Quellen und Links

CASSE (2012). *Center for the Advancement of the Steady State Economy*, <http://steadystate.org/> (18. Juli 2012).

Daly, Herman E. (1974). *The Economics of the Steady State*. *American Economic Review* 64(2), 15-21.

Daly, Herman E. (1991). *Steady State Economics*. Island Press: Washington, D.C.

Daly, Herman E. (2010). *From a Failed-Growth Economy to a Steady-State Economy*. *Solutions Journal*, <http://www.thesolutionsjournal.com/node/556> (18. Juli 2012).

Degrowth – Gesundshrumpfen als Weg aus der Krise

Steckbrief

Degrowth bedeutet eine Reduktion von Konsum und Produktion als ein Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Wohlbefinden.

Vertreter: Eine Vielzahl von AktivistInnen und WissenschaftlerInnen, vor allem in Frankreich (z. B. Serge Latouche), Spanien (z. B. Joan-Martinez-Alier, Giorgos Kallis) und Italien

Perspektive: Lokal bis global

Ansatz: Wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich

Degrowth bezeichnet ein **Gesundshrumpfen der Wirtschaft**. Es geht im Kern um **weniger Konsum und Produktion**: weniger Industrie, weniger Autos, weniger Einkaufszentren und Fernreisen. Die BefürworterInnen einer Wachstumsrücknahme, wie Degrowth im deutschen Sprachraum manchmal übersetzt wird, argumentieren, dass die Menschheit bereits über ihre Verhältnisse lebt und ökologische Systeme überstrapaziert. Durch die begrenzte Belastbarkeit von Ökosystemen und der Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen stünde ein Wachstumsrückgang bevor. Degrowth-Advokaten stellen daher nicht die Frage *ob* sondern *wie* der bevorstehende Wachstumsrückgang gestaltet werden kann um einen gesellschaftlichen und ökologischen Kollaps zu verhindern. Um eine „**sanfte Landung**“ hinzubekommen, die ökologisch verträglich und sozial gerecht ist, sei es notwendig den Konsum und damit auch die Produktion von materiellen Gütern zu reduzieren. Weniger Konsum ist dabei aber nicht gleichbedeutend mit weniger Lebensqualität, ganz im Gegenteil. Das Wohlbefinden der Menschen könne sogar erhöht werden, indem überflüssige Aufgaben und Arbeitsstress wegfallen und sich Menschen vom materiellen Überfluss befreien.

Wenn man von Rom nach Mailand mit dem Zug fahren will und merkt, dass dieser in Richtung Neapel fährt, nutzt es nichts, die Geschwindigkeit zu verlangsamen, man muss aussteigen und in einen Zug mit entgegengesetzter Richtung umsteigen.
Serge Latouche, emeritierter Professor

Die Degrowth-Idee entspringt der wachstumskritischen Debatte. **Wirtschaftswachstum** wird **als Problem** eingestuft und nicht als Lösungsweg für soziale und ökologische Probleme. Technologische Innovationen und die Steigerung von Ressourcen- und Energieeffizienz würden nicht ausreichen, weil Rebound-Effekte auftreten, die die Produktion und den Konsum steigern und somit zu noch mehr Umweltverbrauch führen. Degrowth richtet sich in seiner **Kritik gegen die neoliberale ökonomische**

mische Theorie und Praxis auch gegen das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Jede Form von zusätzlichem Wirtschaftswachstum, sei es nachhaltiger, grüner oder sozialer, legitimiere die Fortführung des Status Quo und lenke vom Widerspruch ab, dass BIP-Wachstum und eine Renaturierung auf ein nachhaltiges Niveau nicht miteinander vereinbar sind. Aus der Kritik am orthodoxen ökonomischen System und dem Bewusstsein von sozialen und ökologischen Problemen ergibt sich für die Degrowth-Anhänger als logische Schlussfolgerung die Notwendigkeit eines Gesundschrumpfens – möglichst früh und möglichst demokratisch.

Die **Vision** einer Degrowth-Gesellschaft beinhaltet eine Relokalisierung der Wirtschaft, die gerechtere Verteilung von Einkommen und Ressourcen, neue demokratischere Institutionen, Suffizienz, und soziale und technische Innovationen, die ein **konviviales und frugales Leben** fördern. Wohlbefinden speist sich in dieser Vision aus vielen nicht konsumabhängigen Dingen – Räume für soziale Interaktionen, mehr Zeit mit Freunden und der Familie, mehr Einfachheit im Leben, Nachbarschaftshilfe, die gerechtere Verteilung von Arbeit und weniger materieller Konsum.

Degrowth-BefürworterInnen kommen aus verschiedenen Ecken. Die meisten sind WissenschaftlerInnen oder AktivistInnen. Sie verfolgen ganz unterschiedliche Strategien um die Idee von Degrowth zu verbreiten. Manche bilden Protestbewegungen gegen neue Großinfrastrukturprojekte (z. B. Autobahnen, Kernkraftwerke), andere versuchen auf alternative Infrastrukturen hinzuweisen (z. B. Solarenergie, Fahrräder); manche fokussieren auf individuelles Handeln (z. B. „voluntary simplicity“), andere auf kollektives Handeln (z. B. Co-Housing); manche wollen bestehende Institutionen ersetzen, andere wiederum nur anpassen; manche arbeiten wissenschaftlich, andere pochen darauf, dass Aktionen auf der lokalen Ebene am wichtigsten sind. Hier wird deutlich: Degrowth begrüßt die **Vielfalt und Komplementarität von Strategien**.

Als Vordenker für die Vertreter der Bewegung gilt insbesondere **Nicholas Georgescu-Roegen**, der in den 1970ern zahlreiche Schriften über Ökonomie und Degrowth veröffentlichte. Die Bewegung erlebte allerdings erst in den letzten Jahren ihren Aufschwung. Die erste internationale Konferenz 2008 in Paris, die auch den englischen Begriff „degrowth“ wesentlich prägte, markiert den Beginn der aktuellen akademischen Auseinandersetzung und zivilgesellschaftlichen Bewegung. Seither fanden zwei weitere internationale Konferenzen statt: 2010 in Barcelona und 2012 in Venedig. Die Degrowth-Bewegung ist besonders aktiv in Frankreich („décroissance“), Spanien („decrecimiento“) und Italien („decrescita“). Eine teilweise Institutionalisierung erfährt die Bewegung durch „Research & Degrowth (R&D)“, eine akademische Vereinigung, die

rund um das Thema Degrowth forscht, Bewusstsein schafft und Veranstaltungen organisiert. Ein deklariertes Ziel von R&D ist WissenschaftlerInnen, PraktikerInnen, AktivistInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft zusammenzubringen, um gemeinsam an den Bausteinen für eine Degrowth-Gesellschaft zu feilen.

Weiterführende Quellen und Links

DegrowthPedia (2012). *Informationplattform über Degrowth*, <http://degrowthpedia.org> (18. Juli 2012).

Kallis, Giorgos (2011). *In defence of degrowth*. *Ecological Economics* 70, 873-880.

Research & Degrowth (2012). *Degrowth Netzwerk*, <http://degrowth.org> (18. Juli 2012).

Schneider, Francois, Kallis, Giorgos, Martinez Alier, Joan (2010). *Crisis or opportunity? Economic degrowth for social equity and ecological sustainability*. Introduction to this special issue, *Journal of Cleaner Production*, 18/6, 511-518.

Van den Bergh, Jeroen (2011). *Environment versus growth – A criticism of “degrowth” and a plea for “a-growth”*. *Ecological Economics* 70, 881-890.

Postwachstumsgesellschaft – Die Renaissance der Wachstumskritik

Steckbrief

Postwachstumsgesellschaft bezeichnet eine Vision der Wirtschaft, die nicht mehr stark von Wirtschaftswachstum abhängig ist und gerade deshalb zu höherer Lebensqualität und langfristiger Stabilität innerhalb der ökologischen Tragfähigkeit beiträgt.

Vertreter: Tim Jackson, Niko Paech, Peter Victor, Irmi Seidl, Angelika Zahrnt

Perspektive: Entwickelte Länder, vorwiegend in Europa

Ansatz: Wissenschaftlich

Vor 40 Jahren machte die Veröffentlichung von **Grenzen des Wachstums** Furore. Der Bericht von Dennis und Donella Meadows an den Club of Rome war Anpfiff für eine wachstumskritische wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Debatte, die seither in unterschiedlichen Wellen und Intensitäten geführt wird. In den letzten Jahren bekommen die Diskussionen neuen Aufwind.

Wachstumskritiker, die vorwiegend aus dem wissenschaftlichen Umfeld kommen, argumentieren entlang folgender Linie:

- Wachstum hat in der Vergangenheit in den früh-industrialisierten Staaten für Wohlstand gesorgt, aber die Zeiten haben sich geändert.
- Mittlerweile ist Wachstum aus globaler Perspektive mehr Teil des Problems geworden als Teil der Lösung. Es stößt aus ökologischen, sozialen und ökonomischen Gründen zunehmend an Grenzen.
- Das westliche Wohlstandsmodell ist nicht auf die ganze Welt übertragbar.
- Ein neues Wohlstandskonzept, das ohne oder mit wenig Wachstum auskommt ist notwendig, möglich, und wünschenswert.

Wachstumskritiker meinen, die „Wachstumsfrage“ sei eine fundamentale Frage unserer Lebensgrundlagen. Weil wirtschaftliches Wachstum unabdingbar an den Verbrauch von physischen Ressourcen gekoppelt ist, würden sich **empirische Belege für globale Umweltprobleme** häufen.

1970s: There are no limits
 1980s: There might be limits, but they are far away.
 1990s: The limits might not be too far away, but the market will solve the problem
 2000s: The markets might not function, but technology will save us.
*Dennis Meadows,
 Co-Autor von
 Grenzen des Wachstums*

Klimawandel und Artensterben gelten als prominente Schlagwörter. Außerdem komme es zu einer Verknappung der natürlichen Ressourcen („**Peak Everything**“), auf deren unbegrenzter und billiger Verfügbarkeit das industrielle Wohlstandsmodell bislang aufbaut. Die Nebenwirkungen von Wachstum würden auch in sozialer Hinsicht immer sichtbarer, wenn es beispielsweise um die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen geht. Auch in ökonomischer Hinsicht würden Grenzen als Dauerprobleme spürbar. Die derzeitige Eskalation der Finanzmärkte und der massive Schuldenanstieg im privaten und öffentlichen Sektor seien Indikatoren in diese Richtung.

Das Wachstumsparadigma wird im Kern für diese Entwicklungen verantwortlich gemacht. Weil Wachstum zu massiven Problemen führt, fehlendes Wachstum unter den gegebenen Rahmenbedingungen aber auch, und eine Rückkehr zu gewohnten Wachstumsraten sehr unwahrscheinlich scheint, lautet die Forderung: Es bedarf eines Umbaus der Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einem System, das mit keinem oder weniger Wachstum auskommt – einer Wirtschaft und Gesellschaft „post Wachstum“.

Als attraktive Botschaft wird angeführt, dass Wachstum in den reichen Ländern schon heute nicht mehr per se mit einer steigenden Lebensqualität einhergeht. Teilweise wäre sogar das Gegenteil der Fall. Die Abkehr vom Wachstumsparadigma wird aus dieser Sicht als Chance begriffen, sich von materiellem Ballast zu befreien und sich auf grundlegende – meist immaterielle – Werte eines guten Lebens zu besinnen.

In den letzten Jahren, speziell seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise, hat sich die Wachstumskritik zu einer lebhaften Diskussion entwickelt, die auch Medienwirksamkeit erreicht. Artikel und Sonderausgaben erscheinen in unterschiedlichen Printmedien am laufenden Band; zahlreiche Konferenzen und Workshops widmen sich dem Thema. Im folgenden Abschnitt werden einige zentrale Akteure der aktuellen Wachstumsdebatte vorgestellt.

Tim Jackson gilt mit seinem Buch *Prosperity Without Growth* als „Popstar“ der wachstumskritischen Community und hat weit darüber hinaus Bekanntheitsgrad erreicht. Er analysiert den Zusammenhang zwischen Wohlstand, Wohlergehen, Wachstum und Nachhaltigkeit und stellt die These auf, dass Wohlstand ohne Wachstum möglich ist. Aufbauend auf seiner Analyse richtet Tim Jackson einen Katalog an Vorschlägen an die Politik, wie der Übergang zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft angestoßen werden kann. Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen geht es erstens um den Aufbau einer ökologischen Makroökonomie, die innerhalb der ökologischen Tragfähigkeit Stabilität erzeugt und strukturell nicht mehr von Konsumwachstum angetrieben werden muss;

We are persuaded to spend money we don't have on things we don't need to create impressions that won't last on people we don't care about.

*Tim Jackson,
Professor an der
Universität Surrey*

zweitens um den Schutz der Verwirklichungschancen zum menschlichen Erblühen; und drittens um die Einhaltung von ökologischen Grenzen. Letztlich geht es darum Möglichkeitsräume und Gestaltungsspielräume zu schaffen, damit die Vision Wirklichkeit werden kann: „human flourishing“ innerhalb von ökologischen Grenzen eines endlichen Planeten.

Niko Paech plädiert in seinem neuesten Buch *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie* für einen Abschied vom konventionellen Wohlstandsmodell. Warum? Erstens, weil Menschen in modernen Konsumgesellschaften über ihre Verhältnisse leben, weil der durch Wachstum aufgebaute Wohlstand nur durch „ökologische Plünderung“ möglich ist. Und zweitens, weil alle Versuche Wachstum durch technische Innovationen von ökologischen Schäden zu entkoppeln im besten Fall zum Scheitern verurteilt ist und im schlechtesten Fall zu einer Verschlimmerung der Situation führt. Als Alternativprogramm schlägt Niko Paech eine Postwachstumsökonomie vor, die sich an Suffizienz und Subsistenz orientiert. Ihm geht es um einen teilweisen Rückbau industrieller, vor allem global arbeitsteiliger Wertschöpfungsprozesse zugunsten einer Stärkung lokaler und regionaler Selbstversorgungsmuster. Und um das Abschütteln von unnötigem materiellen Ballast, der die Aussicht auf mehr Zeit und Glück eröffnet. Konkrete Maßnahmen für den vorgeschlagenen Um- und Rückbau der Wirtschaft reichen von Reparatur-, Instandhaltungs- und Pflegemaßnahmen, über kürzere Transportwege, mehr handwerkliche sinnstiftende Wertschöpfung, bis hin zu regionalen Komplementärwährungen, der verstärkten Gemeinschaftsnutzung von Gütern und Nachhaltigkeitsbildung als Pflichtfach in Schulen. Die Grundidee wurde bereits 2007 entwickelt und seither laufend zur Diskussion gestellt.

Irmi Seidl und **Angelika Zahrnt** haben 2010 das Buch *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* herausgegeben und damit die Debatte in Deutschland und im deutschsprachigen Raum belebt. Ihr Fokus liegt, wie der Name schon sagt, auf dem gesellschaftlichen Wandel, den es neben einem ökonomischen, technischen und strukturellen Wandel braucht, um sich vom Wachstumszwang zu befreien. Es geht im Kern darum zu reflektieren, wie zentrale Gesellschaftsbereiche und Institutionen, die heute Wachstum antreiben oder davon abhängig sind, umgestaltet werden könnten, damit Politik, Gesellschaft und Wirtschaft das Wachstumsziel aufgeben können. Die behandelten Bereiche sind beispielsweise die Alterssicherung, das Gesundheitswesen, Bildung, der Arbeitsmarkt, Finanzmärkte, Staatsfinanzen oder Bürgerschaft. In jedem Bereich wurden Fachpersonen eingeladen umsetzbare Konzepte und Praxiserfahrungen aufzuzeigen, die eine Entwicklung zu einer Postwachstumsgesellschaft ermöglichen. Abschließend wurden

Durch den Abwurf von Wohlstandsballast hätten wir die Chance, uns auf das Wesentliche zu konzentrieren, statt im Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung zusehens Schwindelanfälle zu erleiden.

*Niko Paech,
Professor an der
Universität Oldenburg*

Gut leben statt viel arbeiten.
*Angelika Zahrnt,
Ehrevorsitzende
des BUND*

Thesen formuliert, die Kristallisationspunkte für den gesellschaftlichen Diskurs darstellen sollen. Zum Beispiel wurde im Bereich der Alterssicherung vorgeschlagen, den monetären Generationenvertrag durch einen nicht-monetären, sozialen Generationenvertrag zu ergänzen. Oder das Gesundheitssystem zu einem von Eigenverantwortung mitgeprägten, kosteneffizienten Solidarsystem zu transformieren. Für WissenschaftlerInnen wurde eine Forschungslandkarte einer Postwachstumsgesellschaft abgebildet, um Fragen aufzuwerfen und weiter darüber nachzudenken.

Peter Victor präsentiert in seinem Buch *Managing Without Growth. Slower by Design, Not Disaster* ein makroökonomisches Modell für die kanadische Wirtschaft, um der Frage nachzugehen: Können Vollbeschäftigung, Armutsreduzierung, fiskalische Stabilität und verminderte Treibhausgasemissionen ohne substantielles Wirtschaftswachstum erreicht werden? Er simuliert unterschiedliche Szenarien für die kanadische Wirtschaft und zeigt unter Anwendung verschiedener Politikmaßnahmen, dass die wesentlichen sozialen, ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen auch ohne substantielles Wachstum möglich sind. In einem relativ konservativen, anschlussfähigen Rahmen wird damit deutlich, dass es sich durch eine Wahl von angemessenen Politikmaßnahmen auch ohne Wachstum gut wirtschaften und leben lässt.

Managing without growth seems like a very radical, even crazy idea, yet for all but the tiniest sliver of time since humans evolved, humanity has managed without growth.

*Peter Victor,
Professor an der
Universität York*

Weiterführende Quellen und Links

- Postwachstumsgesellschaft (2012). *Blog zur Postwachstumsgesellschaft*, <http://www.postwachstum.de> (18. Juli 2012).
- Jackson, Tim (2009). *Prosperity Without Growth*. Earthscan: London.
- Miegel, Meinhard (2010). *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*. List: Berlin.
- Paech, Niko (2012). *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Post-wachstums-ökonomie*. Oekom: München.
- Seidl, Irmi, Zahrndt, Angelika (2010). *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Metropolis: Marburg.
- Victor, Peter A. (2008). *Managing Without Growth. Slower by Design, Not Disaster*. Edward Elgar: Cheltenham.

Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die das Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum rücken

Buen Vivir – Aufbruchsstimmung in den Andenstaaten

Steckbrief

Das südamerikanische Konzept des „guten Lebens“ verfolgt ein Gleichgewicht mit der Natur, die Reduktion von sozialer Ungleichheit, eine solidarische Wirtschaft und eine pluralistische Demokratie mit neuen Räumen zivilgesellschaftlicher Partizipation.

Vertreter: Alberto Costa (Ecuador) und Eduardo Gudynas (Uruguay)

Perspektive: Ausgangspunkte sind Ecuador und Bolivien, mit der Perspektive auf globale Relevanz

Ansatz: Politisch, wissenschaftlich, zivilgesellschaftlich

Buen Vivir bedeutet so viel wie: das gute Leben. Das südamerikanische Konzept ist eine systemkritische Antwort auf das westliche Entwicklungsdenken der letzten Jahrzehnte. Die neoliberalen Reformen, die die politische Agenda Südamerikas in den 80er und 90er Jahren wesentlich geprägt haben, haben nicht wesentlich geholfen, die soziale Situation der Armen zu verbessern und extreme Ungleichheiten abzubauen (Fathauer, 2011). Buen Vivir stellt einen Gegenentwurf zum kapitalistischen Lebensmodell dar. Es kann als neues Entwicklungskonzept verstanden werden, das sich vom westlichen Wohlstandsparadigma verabschieden will.

Sumak Kawsay ist der ursprüngliche, sehr schillernde Quechua-Begriff. Sumak bedeutet das Gute und Schöne, das Erhabene und Wunderbare. Kawsay bedeutet leben, verstanden als aktiver, sich verändernder Prozess. Sumak Kawsay wird als Buen Vivir (gutes Leben) oder Vivir Bien (gut leben) ins Spanische übersetzt (Schmid, 2011).

Im Kern steht Buen Vivir für ein post-modernes, post-koloniales und post-kapitalistisches Konzept, in dem es um eine Rückbesinnung auf die **Lebensphilosophie der indigenen Völker** Südamerikas geht. Verfechter des Konzepts betonen neben den indigenen Traditionen und Wer-

Das Konzept des Buen Vivir beruht darauf, dass sich die Gesellschaft die Frage stellt:

Wie viel sollen wir konsumieren, wie sollen wir uns sozial entfalten, gibt es Alternativen zur Konsumgesellschaft?

*Jorge Juado,
Ecuadorianischer
Botschafter*

tvorstellungen, eine Vielfalt von Realitäten und Lebensformen (Pluralismus) und ein **neues Verständnis der Natur**. Demnach hat Natur intrinsischen Wert; die übermäßige Ausbeutung und Instrumentalisierung der Natur als Ressource wird verurteilt. Buen Vivir sei zudem nur im sozialen Zusammenhang denkbar. Alberto Costa formuliert: Buen Vivir für Alle, nicht Dolce Vita für Wenige.

Buen Vivir ist damit scharf abgegrenzt von der Idee des individuellen guten Lebens in der westlichen Tradition, die beispielsweise auf Aristoteles oder Amartya Sen zurückgeht. Bei Buen Vivir steht nicht der Mensch im Mittelpunkt sondern alles, was existiert, bildet eine Einheit (Schmid, 2011). Es wäre daher zu kurz gegriffen Buen Vivir mit der Erhöhung des individuellen Wohlbefindens und einem hohen Lebensstandard gleichzusetzen.

Ecuador ist das Land, das als erstes mit Buen Vivir in Verbindung gebracht wird. Aber auch in anderen südamerikanischen Ländern wird über das gute Leben diskutiert. In **Bolivien** ist von Vivir Bien die Rede. Diese progressiven Regierungen haben Privatisierungen gestoppt und teilweise rückgängig gemacht und akzentuieren eine stärkere Rolle des Staates in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Und sie scheinen Erfolg damit zu haben: die Präsidenten Evo Morales (Bolivien) und Rafael Correa (Ecuador) sind durch mindestens eine Wahl bestätigt worden und ihre Popularität nimmt grosso modo eher zu (Fatheuer, 2011).

In beiden Ländern hat Buen Vivir **Verfassungsrang**. Die Verfassungen wurden 2008 in Ecuador und 2009 in Bolivien mit großer Mehrheit angenommen und gelten für Viele als Wegbereiter für fundamentale strukturelle Änderungen. In den Verfassungen wurde das **Recht auf ein gutes Leben** und die **Natur als Träger von Rechten** als Leitprinzipien festgeschrieben. Dazu zählen unter anderem das Recht auf Nahrung, Gesundheit, Erziehung und Wasser. Damit sollen Menschenrechte durch die Rechte der Natur ergänzt werden und umgekehrt. Schlussendlich soll der Versuch einer politischen Umsetzung von Sumak Kawsay in eine permanente Anstrengung zur partizipativen Demokratisierung der Gesellschaft führen, ausgehend von einer soliden BürgerInnenschaft (Acosta, 2009).

Seit dem Inkrafttreten der Verfassungen sind teilweise Erfolge zu verzeichnen. So lässt Ecuador im Yasuni-Nationalpark im Amazonas-Becken Erdölreserven im Gegenzug von Zahlungen der internationalen Gemeinschaft im Boden. Präsident Correa sorgt damit seit 2007 mit der einzigartigen **Yasuni-Initiative** für Furore. Texaco (bzw. Chevron) und BP wurden 2011 und 2010 in Ecuador zu Schadenersatzzahlungen verurteilt, weil sie durch die Ölförderung im Amazonasgebiet große Schäden

angerichtet haben. Das war möglich, weil Ecuador als einziges Land die Natur als Trägerin von Rechten anerkennt (Schmid, 2011). Gleichzeitig ist das Konzept umstritten weil an vielen Stellen sichtbar wird, wie schwierig die Umsetzung der Vision Buen Vivir in der Realpolitik ist. Es bleibt offen, ob ein neuer Rohstoffboom mit hohen zu erwartenden Einnahmen einsetzt und umstrittene Bergbau- und Infrastrukturprojekte und Erdölförderung in Naturschutzgebieten weitergehen.

Der ecuadorianische Botschafter Jorge Jurado meinte in einem taz-Interview im April 2012 er sehe die größten Chancen und Möglichkeiten für die ärmsten Entwicklungsländer, das Konzept des Buen Vivir aufzugreifen. In den hoch entwickelten Industrienationen bestehe die Chance darin, eine Diskussion über die Grenzen des Wachstums zu entfachen.

Weiterführende Quellen und Links

- Fatheuer, Thomas (2011). *Buen Vivir. Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur*, Band 17 der Schriftenreihe Ökologie. Heinrich-Böll-Stiftung: Berlin.
- Acosta, Alberto (2009): *Das „Buen Vivir“. Die Schaffung einer Utopie*, in: *Juridicum* 2009/4.
- Schmid, Elisabeth (2011). *Die Frage nach dem guten Leben. Ein kritischer Vergleich des Fähigkeitsansatzes von Amartya Sen mit dem verfassungsrechtlichen Leitprinzip des Sumak Kawsay in Ecuador*. Master-These: Donau-Universität Krems.

Gemeinwohl-Ökonomie – Eine demokratische Alternative wächst

Steckbrief

Die Gemeinwohl-Ökonomie bietet eine Vision eines alternativen Wirtschaftssystems, das auf gemeinwohlfördernden Werten wie Kooperation und Solidarität aufgebaut ist. Sie versteht sich als ergebnisoffener und partizipativer Entwicklungsprozess.

Vertreter: Christian Felber, derzeit ca. 500 Pionier-Unternehmen

Perspektive: National

Ansatz: Zivilgesellschaftlich

Die Gemeinwohl-Ökonomie beschreibt zentrale Elemente einer alternativen Wirtschaftsordnung. Das Ziel ist die Schaffung eines neuen Ordnungsrahmens für gemeinwohl-orientiertes Wirtschaften, der in einen verbindlichen Rechtsrahmen eingebettet werden soll. Gemeinwohl-orientiert wirtschaften bedeutet, dass unternehmerisches Handeln nicht mehr primär auf Konkurrenz und Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, sondern sich an den Zielvariablen **Gemeinwohlstreben und Kooperation** orientiert. Die Gemeinwohl-Ökonomie kann damit als ein Versuch verstanden werden auf Werten aufzubauen, die zwischenmenschliche Beziehungen gelingen lassen. Dazu zählen Vertrauen, Verantwortung, Mitgefühl, Teilen und Solidarität.

Das vorgeschlagene Modell stützt sich auf zwei Kernelemente: die Gemeinwohl-Bilanz und 20 inhaltliche Eckpunkte. Hinter der **Gemeinwohl-Bilanz** steckt die Idee, unternehmerischen Erfolg nicht mehr als monetären Gewinn zu messen (wie in konventionellen Bilanzen), sondern als Fortschritt eines Unternehmens zur Gemeinwohl-Ökonomie. Es geht den Verfechtern darum das zu messen, was „wirklich zählt“, und das sei im Vergleich zum jetzigen Wirtschaften: sozialer, ökologischer, demokratischer, solidarischer. Je mehr Unternehmen nach gemeinwohl-orientierten Werten handeln würden, desto besser wäre ihre Gemeinwohl-Bilanz. Eine gute Bilanz soll durch eine Fülle von Anreizen und „systemische Aufschaukelungen“ belohnt werden. Das heißt Unternehmen würden für Kooperation belohnt, z. B. in Form von niedrigeren Steuern oder günstigeren Krediten, und für Kon(tra)kurrenz benachteiligt. Die Gemeinwohl-Bilanz wäre ein freiwilliges Instrument, das von Unternehmen selbst erstellt wird, aber das später verpflichtenden Charakter annehmen soll. Welche Elemente die Bilanz konkret enthalten

Es gibt immer eine Alternative.

*Christian Felber,
Freier Publizist und
Wegbereiter der
Gemeinwohl-Ökonomie*

soll ist Gegenstand eines kontinuierlichen Entwicklungsprozesses, an dem viele Menschen beteiligt sind. Derzeit liegt eine Bilanz-Version 4.0 vor.

Die **20 inhaltlichen Eckpunkte der Gemeinwohl-Ökonomie** sind einer ständigen Diskussion und Weiterentwicklung unterworfen. Sie beinhalten einige innovative Vorschläge. So soll beispielsweise auf der Makro-Ebene das **Gemeinwohl-Produkt** das BIP als Erfolgsindikator ablösen. Durch die Deckelung der Weitergaben von Erbvermögen (z. B. mit 500.000 Euro pro Person) soll eine **demokratische Mitgift** für Folgegeneration geschaffen werden, um eine höhere Chancengleichheit zu erreichen. Es soll direkt gewählte **regionale Wirtschaftsparlamente** geben, **Demokratische Allmenden** (oder Commons) im Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Mobilitäts-, Energie- und Kommunikationsbereich, und eine **Demokratische Bank**. Die Initiierung einer **Fair-Handelszone** („Gemeinwohl-Zone“) wird angestrebt und das Schul- und Bildungssystem soll gemeinwohl-orientierte Werte vermitteln, wie z. B. Gefühlskunde, Wertekunde, Kommunikationskunde, Demokratiekunde, Naturerfahrungskunde und Körpersensibilisierung. Alle 20 Eckpunkte sollen in einem breiten Beteiligungsprozess ausreifen. Am Ende der Reise steht die politische Forderung nach **demokratischen Konventen**, die die demokratisch ausgehandelten Leitplanken in Gesetze gießen und politisch verankern. Mit Hilfe von Volksabstimmungen sollen Teile des Modells auch in den Verfassungen verankert werden.

Die ersten Fußspuren des **Entwicklungsprozesses** zur Gemeinwohl-Ökonomie sind 2001 zu verorten. Unter Beteiligung vieler Advokaten wurde die Gemeinwohl-Ökonomie 2010 als Buch veröffentlicht. Der Autor und politische Aktivist Christian Felber hat die Grundlagen dafür zusammengetragen und ausgearbeitet. 70 Unternehmen traten als erste Advokaten auf. Kurz darauf begann der Gesamtprozess Gemeinwohl-Ökonomie mit der Vision, den Kreis der mitmachenden Unternehmen und PionierInnen zu erhöhen. 2012 steht das Bilanzjahr II für die beteiligten Pionierunternehmen an; circa 200 Unternehmen werden eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen. Mit Ende 2011 unterstützen fast 500 Unternehmen aus 13 Staaten die Initiative. In zahlreichen Regionen wurden erste sogenannte Energiefelder (regionale Unterstützungsgruppen) von engagierten Personen gegründet, die sich für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Gemeinwohl-Ökonomie einsetzen. Die in Österreich entstandene Idee breitet sich so in den letzten Jahren kontinuierlich aus.

Weiterführende Quellen und Links

Felber, Christian (2012). *Die Gemeinwohl-Ökonomie*. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage. Deuticke: Wien.

Felber, Christian (2011). *Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst. 20-Punkte-Zusammenfassung*,

<http://www.christian-felber.at/schaetze/gemeinwohl.pdf> (18. Juli 2012).

Gemeinwohl-Ökonomie (2012). *Gemeinwohl-Ökonomie. Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft*, <http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/> (18. Juli 2012).

Gemeinwohl-Matrix: http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/wp-content/uploads/2012/03/Gemeinwohl-Matrix_4.0_2012.pdf (18. Juli 2012).

Solidarische Ökonomie – Menschen im Mittelpunkt

Steckbrief

Solidarische Ökonomien sind häufig lokale alternative Formen des Wirtschaftens, in denen Menschen in basisdemokratischer und bedürfnisorientierter Form ökonomische Belange in die eigene Hand nehmen.

Vertreter: Viele AkteurInnen
 Perspektive: Lokal bis global
 Ansatz: Vorwiegend selbstorganisiert

Es gibt ein breites Spektrum an alternativen Wirtschaftsformen, die **menschliche Bedürfnisse ins Zentrum** ihrer Tätigkeit stellen. Unter der Prämisse, dass die Ökonomie für die Menschen da ist, arbeiten Menschen in der Solidarischen Ökonomie nicht für den Gewinn. „Solidarisch“ bedeutet, dass sich die Wirtschaftsaktivitäten an den Bedürfnissen der Beteiligten orientieren und ihnen **Nutzen stiften** sollen. Solidarität steht in der Solidarischen Ökonomie im Gegensatz zu Konkurrenz. Solidarität meint auch die Berücksichtigung zukünftiger Generationen und damit die Erhaltung der Natur. So beschriebene alternative Wirtschaftsformen werden unter dem Dachbegriff Solidarische Ökonomie zusammengefasst. Eine klare Definition was solidarisch wirtschaften bedeutet gibt es nicht, aber es lassen sich einige gemeinsame Merkmale beschreiben.

Es geht um die Menschen und ihre Bedürfnisse, nicht um Konkurrenz, Gewinnmaximierung und Wachstum.

*Elisabeth Voss,
Freie Publizistin*

Häufige Merkmale von solidarischen Wirtschaftsformen:

- Sie leisten einen **Beitrag zum Lebensunterhalt**;
- sind **selbstverwaltet**, das bedeutet die Produktionsmittel befinden sich im kollektiven Eigentum;
- bauen auf **Kooperation**, das heißt Entscheidungen werden gemeinsam getroffen;
- stellen eine **solidarische Beziehung zur Gesellschaft** her, z. B. durch übergeordnete Verbände und Plattformen (Exner, 2012).

Die Formen des solidarischen Wirtschaftens setzen ein gemeinsames Leitbildverständnis voraus: dass alle Menschen das Recht haben, auf eine menschenwürdige Art Zugang zu allem zu haben, was sie physisch, psychisch und geistig brauchen, um ein gutes Leben in selbstgewählten sozialen Zusammenhängen führen zu können (Voss, 2010). In anderen

Worten geht es um: „Nutzen statt besitzen“, „Beitragen statt Tauschen“, „Teilen statt Kaufen“.

Der Begriff Solidarische Ökonomie ist sehr breit zu verstehen und Teil des Aushandlungsprozesses aller Beteiligten. Es kann sich um theoretische Konzepte handeln oder um praktische Projekte. Die Palette reicht von selbstverwalteten Betrieben, lokalen Direktvermarktern, Tauschringen und fairem Handel über Genossenschaften, Ökodörfer, Regionalwährungen, Garten- oder Wohnraumprojekte, Urban Gardening bis hin zu Open-Source-Projekten und gemeinschaftlich organisierten Gesundheits-, Kultur-, und Bildungseinrichtungen. Manchmal sind solidarische Ökonomien in kapitalistische Marktstrukturen eingebettet, manchmal lehnen sie den Markt dezidiert ab und verstehen sich als Alternative zum Kapitalismus. Meistens sind solidarische Wirtschaftsaktivitäten auf der lokalen Ebene angesiedelt. Es kann aber auch sein, dass größere räumliche Distanzen überwunden werden, z. B. beim fairem Handel.

Ursprünglich kommt der Begriff Solidarische Ökonomie **aus Südamerika**. Der Chilene Luis Razeto Migliaro hat in den 1980ern versucht zu verstehen, wie arme Menschen, die sich zu kleinen Selbsthilfeunternehmen zusammenschlossen, trotz ihres Mangels an Ressourcen und ihrer schwachen sozialen Position wirtschaftlich erfolgreich sein können. Razeto beschrieb ihre Erfolgsfaktoren anhand des „Faktor C“ – *Companerismo* (Freundschaft), *Cooperacion* (Zusammenarbeit), *Comunidad* (Gemeinschaft), *ComUnion* (Einheit in der Vielfalt), *Colectividad* (Kollektivität), *Carisma* (Charisma), *Compartir* (Teilen).

Wegen der ökonomischen Krise der 1980er erlebte die Solidarische Ökonomie vor allem in **Brasilien** einen enormen Aufschwung. 2003 gründete die Brasilianische Regierung ein eigenes **Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie**, mit dem Ziel solidarische Aktivitäten im ganzen Land zu kartieren, um sie mit Förderungen gezielt unterstützen zu können. Heute ist die Solidarische Ökonomie in vielen südamerikanischen Ländern weit verbreitet – im politischen und wissenschaftlichen Diskurs ebenso wie in der Praxis. **Im deutschen Sprachraum** sind die ersten solidarökonomischen Wurzeln in der Genossenschaftsbewegung des 19. Jahrhunderts zu finden. Damals schlossen sich Menschen zur wirtschaftlichen Selbsthilfe beispielsweise in Form von Konsum-, Kredit- oder Wohnbaugenossenschaften zusammen, um den negativen Auswirkungen der Industrialisierung zu entkommen. Obwohl als basisdemokratische Bewegung begonnen, haben viele heutige zentralistische Genossenschaftsstrukturen (wie z. B. der Raiffeisenverband) wenig mit solidarischen Ökonomieformen zu tun. Das südamerikanische Konzept der Solidarischen Ökonomie wurde durch Wissenschaftler, wie beispielsweise **Elmar Altwater** bekannt gemacht. 2006 fand in Berlin ein

erster Kongress zu Solidarischen Ökonomien statt, dessen Wellen 2009 in einem Kongress in Wien mündete. Der nächste Wiener Kongress Solidarische Ökonomie findet im Februar 2013 statt. Der aktuelle Popularitätsgewinn hat zur Gründung von Kritischen Solidarischen Universitäten in Deutschland und Österreich geführt. Öffentliche Aufmerksamkeit hat die solidarische Bewegung und die damit eng verwandte Debatte über Gemeingüter („Commons“) auch durch die Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an **Elinor Ostrom** bekommen. Ostrom forschte zu Gemeingütern und deren schonender Nutzung jenseits von Staat und Privateigentum.

Beispiele von solidarischem Wirtschaften sind heute immer noch – oder wieder – häufig **im Bereich Ernährungssouveränität** zu finden. Im Zuge der Diskussionen über Peak Oil und Klimawandel lancieren Landwirtschaft und Ernährung wieder zu existentiellen Themen. Das Spektrum von solidarischen Wirtschaftsformen im Ernährungsbereich beginnt bei **Food-Coops**, in denen sich Menschen zusammenschließen, um regionale und biologische Lebensmittel einzukaufen. In dieser Art von Einkaufsgenossenschaft übernehmen die Mitglieder auch Arbeit wie z. B. das Verteilen oder Verrechnen der Ware. Durch die Ausschaltung des Zwischenhandels kann hohe Qualität zu niedrigen Preisen angeboten werden. Einen Schritt weiter geht das Konzept des gemeinsamen Landwirtschaftens, CSA – **community supported agriculture** genannt. Ein österreichisches Beispiel dafür ist der Ochsenherz Gärtnerhof in Gänserndorf. Der gemeinschaftlich getragene Demeter-Landwirtschaftsbetrieb ist darauf ausgerichtet, einen Kreis von etwa 200 Menschen mit Gemüse zu versorgen, die dafür im Gegenzug die Ausgaben des Gemüseanbaues übernehmen (Exner, 2012).

Weiterführende Quellen und Links

Exner, Andreas und Kratzwald, Brigitte (2012). *Intro Solidarische Ökonomie & Commons*. Mandelbaum: Wien.

SÖ (2012). *Initiative für ein Netzwerk Solidarische Ökonomie*, <http://www.solidarische-oekonomie.de/> (18. Juli 2012).

Voss, Elisabeth (2010). *Wegweiser Solidarische Ökonomie. Anders Wirtschaften ist möglich*. NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e. V.: Dortmund.

Transition Bewegung – Aufbruch ins Post-Öl Zeitalter

Steckbrief

Unter der Transition Bewegung werden Gruppen von engagierten BürgerInnen verstanden, die sich in Städten und Gemeinden zusammenschließen, um in Reaktion auf den Klimawandel und Peak Oil ihren CO₂-Fußabdruck zu minimieren und ihre Resilienz gegenüber einem von Erdölknappheit ausgelösten Versorgungsdefizit zu erhöhen.

Vertreter: Rob Hopkins, Naresh Giangrande, Louise Rooney

Perspektive: Lokal, regional

Ansatz: Zivilgesellschaftlich

Auf der Suche nach Antworten auf den **Klimawandel** und **Peak Oil**, versuchen Transition Communities den Übergang zu einer resilienten autarken Gesellschaft aktiv zu gestalten. Ihr Ziel ist es, sich aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu lösen und mit einem geringen CO₂-Fußabdruck zu leben. Sie selbst sehen sich als „soziales Experiment“ und auf dem Weg des Lernens. Diese Gemeinschaften wollen nicht auf das Handeln von Regierungen, Politikern und anderen Institutionen warten, sondern selbst aktiv werden. Regierungen bräuchten zu lange, Individuen könnten zu wenig ausrichten, als Gemeinschaft „it might be just enough, just in time“.

Der Begriff „Transition Movement“ stammt aus Irland und Großbritannien, wo die Idee der Transition als Weiterentwicklung des Permakulturkonzepts geboren wurde. Die ersten Transition Towns entstanden in Kinsale (Irland) und Totnes (England) um 2005, unter der Initiative von Rob Hopkins. Hopkins hat 2008 als 12-Stufen-Anleitung für weitere Transition Initiativen das *Transition Handbook* veröffentlicht. Unterstützt durch das 2007 gegründete **Transition Network** breitet sich die Bewegung um den gesamten Globus aus. Heute gibt es Transition Initiativen in den USA, in Thailand, Indien, Nigeria, Brasilien und in Österreich, aber auch in vielen anderen Ländern.

Alle Initiativen teilen als Ziel den Übergang von energieabhängigen zu lokal agierenden resilienten Gemeinschaften. Unter **Resilienz** versteht man die Widerstandsfähigkeit einer lokalen Gesellschaft gegenüber externen Störungen, wie zum Beispiel einem durch Erdölmangel ausgelösten Versorgungsdefizit. Aufgrund der billigen Verfügbarkeit von

Transition doesn't wait for permission to get started, it is about ordinary people making things happen within a bigger strategic context.
*Rob Hopkins,
Mitbegründer der
Transition Towns*

Erdöl konnte in den letzten Jahrzehnten unser Lebensstandard massiv erhöht werden; andererseits ist unser Alltagsleben stark von Erdöl abhängig – sei es für Transport und Heizung, oder als Rohstoff für Kunststoffe, Pflanzenschutzmittel, Düngemittel, Medikamente und vieles mehr. Die große Frage für die Anhänger von Transition Towns ist, wie Menschen weiterhin gut (oder besser!) leben können, wenn die Ölquellen versiegen, auf die unser heutiger Wohlstand gebaut ist. Die Transition Communities suchen nach Antworten auf diese Frage. Dabei geht es ihnen nicht darum Menschen in Panik zu versetzen, sondern vielmehr die Chance zu erkennen, das Leben selbst in die Hand zu nehmen und zukunftsfähig umzugestalten.

Die Transition Bewegung liefert keine vorgefertigten Lösungen. Sie sieht sich als anstoßgebend und als Beschleuniger. Die konkreten Ideen und Projekte werden von den Communities selbst in einem offenen, kreativen Prozess entworfen. Wichtig ist, dass **lokale Strukturen** gefördert werden, was je nach Initiative andere Formen annimmt: Selbstversorgung durch Nahrungsmittelanbau, lokale Währungen, Solarpaneele, lokale Energieunternehmen oder Energiesparpläne. In Totnes, der ersten Transition Town, wurden viele Aktivitäten umgesetzt, zum Beispiel die Gründung einer Regionalwährung, dem „Totnes Pfund“, oder Ausbildungsprojekte, bei denen alte Reparatur- und handwerkliche Fähigkeiten wiedererlernt werden, Trainingskurse für Energieeinsparungen und das Ausarbeiten eines Energiewende-Aktionsplans, ein gemeinschaftliches Gartenprojekt sowie Projekte zur Regionalisierung des Nahrungsmittelhandels.

Die Transition Bewegung ist vielfältig und von den Individuen der jeweiligen lokalen Gemeinschaft getragen. Sie ist eine Grassroots-Bewegung, die die Antwort auf Klimawandel und Peak Oil darin sieht, die Gesellschaft in einer optimistischen und kreativen Weise erdölunabhängig und resilient zu gestalten.

Weiterführende Quellen und Links

Hopkins, Rob (2008). *The transition handbook. From oil dependency to local resilience*. Green Books: Totnes.

Rob Hopkins on TED talks, http://www.ted.com/talks/rob_hopkins_transition_to_a_world_without_oil.html (18. Juli 2012).

Transition Network (2012). *Transition Network*, <http://www.transitionnetwork.org/> (16. Juli 2012).

Transition Austria (2012). *Transition Austria*, <http://transitionaustria.ning.com/> (16. Juli 2012).

Transition Initiativen (2012). *Transition Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, <http://www.transition-initiativen.de/> (16. Juli 2012).

Neue Formen der Messung von Wohlstand und Fortschritt

Steckbrief

Wie hängen Wirtschaftswachstum, Wohlstand, Lebensqualität und Wohlbefinden zusammen? Verbessert sich unsere Lebenssituation überhaupt noch? Ist unser Wohlstand nachhaltig? Verschiedene Initiativen stellen sich diese und ähnliche Fragen, um herauszufinden, wie gesellschaftlicher Fortschritt und Wohlstand umfassender gemessen werden kann als mit dem BIP.

Vertreter: EC, OECD, statistische Ämter
Perspektive: National, EU, international
Ansatz: Politisch und wissenschaftlich

Die folgenden Beschreibungen sind beispielhafte politiknahe Initiativen, die das gemeinsame Ziel verfolgen Wohlstand und Fortschritt umfassender zu erfassen, zu messen und auf dieser Basis Politikempfehlungen vorzuschlagen.

Beyond GDP

Das Ziel der von der Europäischen Kommission ausgehenden Initiative ist zu bestimmen welche Indikatoren am ehesten geeignet sind, um Fortschritt zu messen und wie diese in Entscheidungsfindungsprozesse und öffentlichen Debatten integriert werden können. Der zweite große Meilenstein nach der Konferenz *Beyond GDP* Ende 2007 ist die Mitteilung *Das BIP und mehr* vom Sommer 2009. Die Mitteilung skizziert einen konkreten Fahrplan in fünf Schlüsselaktionen für die Entwicklung von neuen Fortschrittsindikatoren, die gemeinsam mit dem BIP verwendet werden können. Dazu gehören z. B. hoch-aggregierte soziale und ökologische Indikatoren in Beinahe-Echtzeit oder eine genauere Berichterstattung über Verteilung und Ungleichheiten. Derzeit arbeitet die Kommission an der Umsetzung der Mitteilung. Zwischenergebnisse sind in einem Umsetzungsbericht gegen Ende 2012 zu erwarten.

<http://www.beyond-gdp.eu/de>

Measuring the Progress of Societies

Das globale Projekt *Measuring the Progress of Societies* wurde 2008 ins Leben gerufen um die Entwicklung von ökonomischen, sozialen und Umweltindikatoren zu fördern mit dem Ziel ein umfassenderes Bild über gesellschaftlichen Fortschritt zu bekommen. Das Projekt wird von der OECD gehostet und zielt vorwiegend darauf ab die Verwendung von Indikatorensets als Basis für evidenz-basierte Entscheidungsfindung zu fördern. Das Projekt ist sozusagen ein Netzwerk von Netzwerken, das globale Akteure verbindet, die an einer besseren Wohlstands- und Fortschrittsmessung arbeiten, z. B. statistische Ämter, öffentliche und private Organisationen und Wissenschaftler. **Wikiprogress** ist die online-Plattform des Projekts. Im Rahmen des **OECD World Forum** treffen sich Akteure, um Zwischenbilanz zu ziehen und neue Entwicklungen voranzuschieben. Die Foren fanden 2004 in Palermo, 2007 in Istanbul und 2009 in Busan (Korea) statt; das 4. OECD World Forum wird von 16.-19. Oktober 2012 in Neu Delhi organisiert.

<http://www.wikiprogress.org/>

OECD Better Life Initiative

Die *Better Life Initiative* gilt als ein OECD Eigenbeitrag zur Initiative *Measuring the Progress of Societies*. Der OECD Bericht **How's Life** analysiert elf Lebensbereiche, die für Wohlbefinden ausschlaggebend sind, z. B. Wohnen, Arbeit, Umwelt und Zufriedenheit. Aufbauend auf dieser Analyse wurde der **Your Better Life Index** entwickelt, um politische Entscheidungen zu verbessern, die auf eine Erhöhung der Lebensqualität abzielen. Der Index wurde im Mai 2011 vorgestellt und soll Antworten auf die Frage geben, was den Menschen im Leben wie wichtig ist. Er basiert auf 20 Einzelindikatoren und lässt sich derzeit für 34 OECD Länder berechnen. Der Index wird laufend aktualisiert und mit aktuellen Daten und neuen Indikatoren verbessert und die Länderabdeckung erweitert.

<http://www.oecdbetterlifeindex.org/>

Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission

Der zuvor französische Präsident Nicolas Sarkozy richtete 2008 eine hochrangige *Kommission zur Messung von wirtschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlichem Fortschritt* ein, die von der Nobelpreisträgern Joseph Stiglitz und Amartya Sen und von Jean-Paul Fitoussi geleitet wurde. Im Rahmen von drei Arbeitsgruppen wurden Fragen der klassischen Messung des BIP, von Lebensqualität und Nachhaltigkeit bearbeitet. Die Kommission hat als Hauptergebnis einen Bericht über den aktuellen Stand der Forschung in diesen drei Bereichen der Messung im September 2009 präsentiert und zwölf politische Empfehlungen ausgesprochen, die seither vom französischen statistischen Amt INSEE umgesetzt werden. Zu den Empfehlungen zählen z. B. eine stärkere Betrachtung von Haushalten, von Verteilungsaspekten (Einkommen, Vermögen und Konsum) und von physischen Umweltindikatoren. Die OECD bietet das internationale Forum zur Weiterführung der Diskussion.

<http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm>

Messung von subjektivem Wohlbefinden in Großbritannien

Der britische Premierminister David Cameron hat Ende 2010 das britische statistische Amt ONS mit der Messung von subjektivem Wohlbefinden in Großbritannien beauftragt. ONS ist damit befasst, Fragen zu subjektivem Wohlbefinden in den Integrated Household Survey (der größten nationalen Erhebung von sozialen Daten nach dem Zensus) aufzunehmen. Der Prozess hat mit einer öffentlichen Konsultation begonnen um herauszufinden, welche Lebensbereiche und Faktoren besonders zum Wohlbefinden der britischen Bevölkerung beitragen. Auf dieser Basis werden Fragen entwickelt, die wahrscheinlich zu einem Composite-Index von nationalem Wohlbefinden zusammengefasst werden. Die ersten Ergebnisse wie Menschen ihr eigenes Wohlbefinden bewerten wurden im Juli 2012 veröffentlicht. Schlussendlich sollen die Ergebnisse im Zeitverlauf zeigen, ob sich das Leben der Menschen verbessert und dazu beitragen Politikmaßnahmen zu gestalten, die das Wohlbefinden erhöhen.

<http://www.ons.gov.uk/ons/guide-method/user-guidance/well-being/index.html>

Findicator: ein Indikatorenset für sozialen Fortschritt

Findicator ist ein gemeinsames Projekt des finnischen Premierministerbüros und des finnischen statischen Amtes. Es werden online laufend aktuelle Daten, Grafiken, Tabellen und Analysen von ca. 100 Indikatoren für sozialen Fortschritt zur Verfügung gestellt. Findicator verfolgt dabei vier Ziele: Informationen über die soziale Entwicklung in Finnland zur Verfügung zu stellen, die Verfügbarkeit und den Zugang zu Informationen in diesem Kontext zu verbessern, die evidenzbasierte Entscheidungsfindung zu unterstützen und die Verbindung zu ähnlichen internationalen Informationsquellen herzustellen.

<http://www.findikaattori.fi/enlink>

Die Messung des Bruttonationalglücks in Bhutan

Der 4. König von Bhutan hat 1972 **Gross National Happiness** (GNH) als oberstes Ziel der nationalen Politik ausgerufen. 2008 erhielt GNH Verfassungsrang; die Idee reicht allerdings viel weiter zurück. Bereits 1729 wurde in einem Gesetz z. B. auch geschrieben, if the Government cannot create happiness for its people, there is no purpose for the Government to exist.¹ GNH ist ein multidimensionales Konzept, das nicht nur subjektives Wohlbefinden und Glück umfasst, sondern z. B. auch ein sich Sorgen um die Mitmenschen und die Natur. Der Fortschritt in Richtung eines höheren Bruttonationalglücks wird anhand des **GNH Index** gemessen. Der Index umfasst neun Domänen – psychologisches Wohlbefinden, die Verwendung von Zeit, die Vitalität der Gesellschaft, kulturelle Diversität, ökologische Resilienz, Lebensstandard, Gesundheit, Bildung und Good Governance – die mit Hilfe von 33 aggregierten Indikatoren messbar gemacht werden. Nach einer Pilotphase, die 2006 begonnen hat, wurde 2010 die erste landesweite Umfrage durchgeführt. Demnach sind 10,4 % der Bhutanesen „unhappy“, 47,8 % „narrowly happy“, 32,6 % „extensively happy“; und 8,3 % „deeply happy“. Die Umfragedaten können so aufgedröselst werden, dass klar wird welche Bevölkerungsgruppen in welchen Bereichen unglücklich sind. Auf dieser Basis soll es Entscheidungsträgerinnen ermöglicht werden die Lebensbedingungen der noch nicht so glücklichen Menschen zu verbessern.

<http://www.grossnationalhappiness.com/>

1 zitiert nach: Ura, Karma, Alkire, Sabina, Zangmo, Tshoki, Wangdi, Karma (2012). *A Short Guide to Gross National Happiness Index*. The Centre for Bhutan Studies: Thimphu, Bhutan.

Synthese

Der italienische Philosoph Antonio Gramsci hat einmal sinngemäß gesagt: Krise ist, wenn das Alte stirbt, und das Neue noch nicht geboren ist.

Vor diesem Hintergrund könnte man die hier vorgestellten Alternativen als Bausteine des Übergangs bezeichnen. Des Übergangs von einem Wirtschaftssystem, das zu bröckeln beginnt, weil Grenzen immer deutlicher werden, beispielsweise in monetärer (Stichwort: Schuldenkrise) oder in umweltpolitischer Hinsicht (Stichwort: Klimakrise). Wenn der Mythos entzaubert wird, dass wir auf Dauer über unsere Verhältnisse leben können, stellt sich die Frage, was an dessen Stelle treten kann. Hierauf versuchen alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte, wie die hier vorgestellten, Antworten zu geben.

Trotz der scheinbar unüberbrückbaren Denkausrichtungen und ideologischen Vorstellungen der unterschiedlichen Ansätze tauchen immer wieder ähnliche Ideen und Zielvorstellungen auf. Hinter allen Konzepten schimmert eine neue Qualität des Lebens und Zusammenlebens durch. Es geht im Kern um den Wunsch nach einem guten Leben und eine hohe Lebensqualität – nicht nur für uns sondern auch für unsere Kinder und Enkel und für Menschen, die heute von Armut betroffen sind.

In der Umsetzung und konkreten Ausgestaltung der Ansätze sind aber klare Differenzen sichtbar: manche fordern, dass sich die Wirtschaft vom Wachstum emanzipiert, andere gehen noch weiter und meinen, die Wirtschaft müsse als Ganzes kontrolliert schrumpfen. Wieder andere nehmen an, dass ökologische und soziale Innovationen und veränderte Anreizstrukturen genügen, um den Wachstumsmotor und die damit erhoffte Wohlstandserhaltungs- und -vermehrungsmaschine in Richtung nachhaltige Entwicklung zu lenken.

Eine häufige Kritik an alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepten ist, dass sich die vorgeschlagenen oder teilweise schon gelebten Utopien eines anderen, besseren Lebens nur in Nischen abspielen. Kritiker fragen: Ist es nicht utopisch zu glauben, dass derartige Ideen Gestaltungskraft auf breiter Basis entfalten könnten? Dem könnte entgegengehalten werden, dass sich Toleranz und Akzeptanz von neuen Ideen oft viel schneller einstellt als erwartet. Wer hätte vor 10 Jahren gedacht, dass in irischen Pubs oder bayrischen Bierzelten nicht mehr geraucht wird? Oder 2007 ein Schwarzer US-Präsident wird? Oder Investmentbanker arbeitslos werden? Oder Facebook fast 1 Milliarde NutzerInnen gewinnt?

Die Suche nach Alternativen hat also längst begonnen, noch vor einigen Jahren utopisch anmutende Formen des Wirtschaftens werden heute ernsthaft diskutiert. Und Beispiele wie die aus Bhutan, Bolivien und Ecuador zeigen, dass die Suche nach Alternativen nicht auf bereits wohlhabende Länder beschränkt ist. Es braucht aber nicht nur griffige Visionen, wie das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem von morgen ausschauen könnte. Sondern auch mutige Leute, die bereit sind, die vertrauten Pfade zu verlassen und sich auf den Weg dorthin zu machen. Erich Fromm beschreibt einen Wandlungsprozess in „Haben oder Sein“ so:

„Sich nicht vorwärts zu bewegen, zu bleiben, wo man ist, zu regredieren, kurz, sich auf das zu verlassen, was man hat, ist eine sehr große Versuchung, denn was man hat, kennt man; man fühlt sich darin sicher, man kann sich daran festhalten. Wir haben Angst vor dem Schritt ins Ungewisse, ins Unsichere, und vermeiden ihn deshalb; denn obgleich der Schritt nicht gefährlich erscheinen mag, nachdem man ihn getan hat, so scheint doch vorher, was sich daraus ergibt, riskant und daher angst-erregend zu sein. Nur das Alte, Erprobte ist sicher, oder wenigstens scheint es das zu sein. Jeder neue Schritt birgt die Gefahr des Scheiterns, und das ist einer der Gründe, weshalb der Mensch die Freiheit fürchtet. [...] Trotz dieser Sicherheit des Habens bewundern wir aber Menschen mit einer Vision von etwas Neuem, die neue Wege bahnen, die den Mut haben, voranzuschreiten“.²

Obwohl wir Menschen dazu neigen aus Erfahrung am Vertrauten und Bewährten festzuhalten, müssen wir erkennen, dass heutzutage jeder alte Schritt ebenso die Gefahr des Scheiterns in sich birgt. In diesem Sinne gilt es die Ärmel hochzukrempeln und sich den vielen couragierten AkteurInnen und GestalterInnen anzuschließen, die heute schon an zukunftsweisenden Strategien des Zusammenlebens und Wirtschaftens feilen. Auf den großen Wurf brauchen wir nicht zu warten. Viele kleine Puzzlesteine tragen heute schon dazu bei, den Wandel anzustoßen.

2 Erich Fromm (1976) *To Have or to Be*. London, New York: Continuum, p.88.

